

Ethica Themen

Institut für Religion und Frieden

Gerhard Marchl,
Regina Kaiser (Hg.)

Wasser

Lebensquell, knappes Gut und Kriegsgrund

Institut für Religion und Frieden

<http://www.irf.ac.at>

**IMPRESSUM**

Amtliche Publikation der Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

MEDIENINHABER, HERAUSGEBER UND HERSTELLER:

Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung und Sport, BMLVS, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

REDAKTION:

BMLVS, Insitut für Religion und Frieden, Stranzenberggasse 9B, 1130 Wien, Tel.: +43/1/512 32 57, E-Mail: irf@mildioz.at

ERSCHEINUNGSJAHR: 2013

DRUCK:

BMLVS, Heeresdruckerei, Kaserne Arsenal, Objekt 12, Kelsenstraße 4, 1030 Wien

ISBN: 978-3-902761-21-7

Ethica Themen

Institut für Religion und Frieden

Gerhard Marchl,
Regina Kaiser (Hg.)

Wasser

Lebensquell, knappes Gut und Kriegsgrund

Beiträge zum Seminar vom 16. Juni 2011
an der Landesverteidigungsakademie in Wien

Institut für Religion und Frieden

<http://www.irf.ac.at>

Inhalt

<i>Gerhard Marchl</i>	
Veranstaltungsbericht	5
<i>Wilfried Schimon</i>	
Recht auf Wasser? – Internationale Abkommen zur Nutzung von Flüssen und Seen	11
<i>Anton Dengg</i>	
Kriege ums Wasser: Schlagwort oder Realität?	27
<i>Wolfgang Mühlberger</i>	
Die Wasserfrage in der israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung im Spannungsfeld zwischen Hydrohegemonie und rechtlichen Aussprüchen – Eine Einführung in die nahöstliche Geopolitik des Wassers	41
<i>Thomas Pankratz</i>	
Umkämpfte Ressourcen: Es geht nicht immer nur um Wasser und Öl	65

Gerhard Marchl

Veranstaltungsbericht

„Wasser – Lebensquell knappes Gut und Kriegsgrund“ war der Titel eines Forums Ethik des Instituts für Religion und Frieden der katholischen Militärseelsorge am 16. Juni 2011 an der Landesverteidigungsakademie Wien. Die Tagung fand in Kooperation mit dem Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement und dem Institut für Strategie und Sicherheitspolitik, beide an der Landesverteidigungsakademie, statt. Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen befassten sich mit der Verteilung und dem Verbrauch des Wassers auf der Erde und gingen der Frage nach, ob Wasser als Ware oder Menschenrecht anzusehen sei und inwieweit die weit verbreitete Wasserknappheit als Ursache für (militärische) Konflikte gilt bzw. gelten wird. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Rolle des Wassers im Nahostkonflikt geschenkt.

Ao.Univ.-Prof. Dr. Herwig Waidbacher vom Institut für Hydrobiologie und Gewässermanagement an der Universität für Bodenkultur Wien legte die unterschiedliche Verteilung des Lebenselixiers Wasser auf der Erde und weitere grundlegenden Daten und Fakten dar. Er machte darauf aufmerksam, dass es nicht nur Wasserknappheit gebe, sondern auch, dass etliche Weltregionen, darunter weite Teile Südamerikas, Russlands und Kanadas, über große Wassermengen verfügten. Hinzu kämen regelmäßig Flutkatastrophen wie im Jahr 2010 in Pakistan. Global gesehen seien jedoch nur 2,5 % der Wasservorkommen Süßwasser, und davon seien wiederum nur 0,4 % verfügbar. Dennoch sei in den letzten Jahrzehnten der Wasserbedarf, insbesondere in der Landwirtschaft und der Industrie, enorm angestiegen, wobei der Pro-Kopf-Verbrauch weltweit beträchtlich variere. Der Umgang des

Menschen mit dem Wasser, so Waidbacher, sei oft unverantwortlich und führe zu Spannungen. Als Beispiele nannte er u.a. die überproportionale Nutzung von Wasserreservoirs oder die Austrocknung des Aralsees durch die Baumwollproduktion.

Dr. Regina Kreide, Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Justus-Liebig-Universität in Gießen, befasste sich mit der Frage, ob Wasser eine Ware sei oder ob es ein Menschenrecht auf Wasser gebe. Zu diesem Zweck zeichnete sie die Entwicklung in den letzten 20 Jahren nach: Anfang der 1990er Jahre sei angesichts der unzulänglichen Wasserversorgung in vielen Ländern von einem Versagen des Staates die Rede gewesen. Eine globale Wasserordnungspolitik mit wirtschaftlicher Liberalisierung und Privatisierung sei propagiert, Wasser also vor allem als Wirtschaftsgut betrachtet worden. Doch die Investitionen der privaten Wasserversorger hätten sich auf die Städte konzentriert, und die Versorgung habe trotz höherer Preise oft nicht besser funktioniert. Überdies, so Kreide, gebe es ein Grundbedürfnis nach Trinkwasser – Wasser sei ein Menschenrecht. 2010 hätten auch die UN-Generalversammlung und der Menschenrechtsrat ein derartiges Recht bekräftigt. Bei dessen Umsetzung seien Verfügbarkeit, Zugänglichkeit bzw. Erschwinglichkeit sowie Qualität bzw. Sicherheit wichtige Maßstäbe für öffentliche wie private Akteure.

Dipl.-Ing. Wilfried Schimon, Leiter der Sektion Wasser im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, beleuchtete sicherheitspolitische und rechtliche Aspekte in den internationalen Beziehungen bei der Nutzung von Wasser, insbesondere im Falle von Flussgebieten, die von mehreren Staaten geteilt werden. Verschiedene internationale Übereinkommen seien ausgearbeitet worden, die auf eine gerechte,

angemessene und auch gemeinsame Nutzung derartiger Flusssysteme hinauslaufen. Österreichs Festhalten am alleinigen Verfügungsrecht über seine Wasserressourcen widerspreche bis zu einem gewissen Grad diesen Grundsätzen. Als Beispiele für geteilte und zugleich mit Konflikten verbundene Flussgebiete nannte Schimon Euphrat und Tigris, das Jordanbecken und den Nil. Auch die Donau und ihre Zuflüsse seien immer wieder Schauplatz und Gegenstand von Konflikten unterschiedlicher Ausprägung gewesen. Schimon erinnerte u.a. an die Diskussion zwischen Österreich und Ungarn über den Schaum auf der Raab. Grenzgewässerverträge, die Österreich mit fast allen Nachbarstaaten abgeschlossen habe, würden die Basis für eine schnelle Bereinigung derartiger Konflikte bieten.

Der Frage, ob Konflikte und Kriege um Wasser nur ein Schlagwort oder doch Realität seien, ging Oberst Mag. Anton Dengg, Leiter des Referats Bedrohungs- und Konfliktbild am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement an der Landesverteidigungsakademie, nach. Er wies darauf hin, dass es bereits in der Bibel zahlreiche Zitate gebe, die Wassermangel und Konflikte um Wasser thematisieren. Heute und in Zukunft sorgen allein der Anstieg der Weltbevölkerung und damit die wachsende Nachfrage nach Wasser für Spannungen. Heute haben rund 1 Milliarde Menschen keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser, so würden im Jahr 2050 1,8 Milliarden ohne Wasserzugang sein. Dennoch, so Dengg, sei es im Jahr 2010 nur bei vier von 363 Konflikten (verschiedenster Ausprägungen) weltweit um Wasser als Nahrungsmittel gegangen, und bei fünf Territorialkonflikten sei auch Wasser involviert gewesen. Allerdings gebe es zahlreiche Konflikte um verschiedene Staudammprojekte. Kriege um Wasser jedoch seien vorerst nur ein Schlagwort, doch die Konflikte, so Dengg, würden unweigerlich zunehmen.

MMag. Wolfgang Mühlberger, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat Bedrohungs- und Konfliktbild am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, befasste sich mit der Rolle des Wassers im israelisch-palästinensischen Konflikt. Die bisherigen Kriege zwischen Israeli und Arabern seien nicht um Wasser geführt worden, auch wenn ein Verteilungskonflikt bestehe. Hydrologisch sei die Region von einem Küstenaquifer und mengenmäßig noch bedeutsameren Aquiferen unter dem Westjordanland gekennzeichnet. Unter Nutzung dieser Vorkommen und des National Water Carrier, der enorme Wassermengen vom See Genezareth bzw. vom Jordan ableitet, übe Israel heute eine Hydrohegemonie aus. Während ein Israeli durchschnittlich pro Jahr 300 m³ Wasser nutze, stünden einem Bewohner des Westjordanlandes nur 60 m³ zur Verfügung. Mit dem Oslo-Friedensprozess wurde zwar ein Joint Water Committee eingerichtet, doch besitze Israel darin ein Vetorecht. Deshalb könne nur ein umfassendes Friedensabkommen eine gerechte Wasser-Lösung bringen.

Dr. Gerald Hainzl, ebenfalls wissenschaftlich am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement tätig und profunder Kenner Afrikas, setzte sich mit dem Zusammenhang zwischen Wasser und Konflikten auf dem sogenannten Schwarzen Kontinent auseinander. Eingangs machte er deutlich, dass Afrika in vielerlei Hinsicht, auch wenn es um Wasser gehe, nicht als Einheit zu betrachten sei. Es gebe, so Hainzl, zahlreiche lokale Konflikte um Wasser, denn letztlich gehe es bei fast all diesen kleinen Konflikten in Afrika um Land und Wasser. Als Beispiel nannte Hainzl u.a. Streitereien zwischen Nomaden in Somaliland um die dortigen Wasservorkommen. Afrika sei jedoch auch Schauplatz einiger grenzüberschreitender Konflikte, beispielsweise um das Wasser des Nils oder des Nigers. Darüber hinaus gebe es zahlreiche Projekte, große Flüsse für die Stromproduktion zu nützen, u.a. in der

DR Kongo, in Äthiopien, Mozambique und Guinea. Damit täten sich neue Chancen auf, aber auch Stoff für neue Konflikte.

Dr. Thomas Pankratz, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik, wies darauf hin, dass nicht nur Wasser und Erdöl als essentielle Ressourcen zu betrachten seien. Was ist aber das Charakteristikum einer Ressource? Laut Pankratz wird ein Gut erst vom Menschen zu einer Ressource gemacht, indem es dazu diene, ein Ziel zu erreichen, dadurch ein Bedarf an diesem Gut entstehe und in weiterer Folge das Interesse bestehe, dieses Gut zu erlangen bzw. zu kontrollieren. Daher gebe es letztlich unzählige Ressourcen, die von Abfall bis Zinn reichten. Ein Konflikt entstehe dann, wenn mindestens zwei Personen dieselbe Ressource wollen. Das Konfliktpotential ergebe sich u.a. aus der vorhandenen Menge (kann auch zu viel sein), der räumlichen Verteilung, der Besitzverteilung und der (Nicht)Erneuerbarkeit. Der Mensch ist in diesem Zusammenhang jedoch nicht nur Bedarfsträger, sondern ist selbst Ressource, nämlich als Arbeitskraft oder Wissensträger. Oft genug werden Menschen gar zur Ware, sei es als Sklaven, Opfer von Menschenhandel und -schmuggel oder von illegalem Organhandel.

Wilfried Schimon

Recht auf Wasser? – Internationale Abkommen zur Nutzung von Flüssen und Seen

Einleitung

Die Europäische Sicherheitsstrategie besagt:

„Der Wettstreit um Naturressourcen – insbesondere um Wasser – der sich durch die globale Erwärmung in den nächsten Jahrzehnten noch steigern wird, dürfte in verschiedenen Regionen der Welt für weitere Turbulenzen und Migrationsbewegungen sorgen“

Diese Aussage bezieht sich darauf, dass Wasser in vielen Regionen der Welt bereits jetzt eine knappe Ressource darstellt. Die diesbezügliche Situation zeigt keine Entspannung, sondern verschärft sich im Gegenteil aus verschiedenen Ursachen, insbesondere des weiteren Bevölkerungswachstums, aber auch des Klimawandels.

Für den Umgang mit einer knappen Ressource und deren Verteilung kann es verschiedene Möglichkeiten geben: Gewalt, Markt oder rechtliche Rahmenbedingungen.

Während die Regelung durch Gewalt abzulehnen, ihr Auftreten aber nicht auszuschließen ist, gibt es auch begründete Skepsis gegen das Funktionieren des Marktes zur Bewirtschaftung einer lebensnotwendigen, knappen Ressource. Somit bleibt als einzig sinnvolle Möglichkeit die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen, ohne die nebstbei bemerkt auch eine marktorientierte Steuerung nicht auskommen würde.

Recht auf Wasser kann als sehr umfassender Begriff gesehen werden. In diesem Beitrag soll der Frage der Regelungen über die

Wassernutzung zwischen Bevölkerungsgruppen, Regionen und v.a. Staaten nachgegangen werden.

Die Welt befindet sich gesamtheitlich gesehen in einer Wasserkrise. Von den auf der Erde verfügbaren Wasserressourcen ist nur ein Anteil im Promillebereich für den Menschen und seine natürliche Umwelt nutzbar. Dennoch ist die Krise nicht ein Problem der Gegenüberstellung der globalen Mengen, sondern der Verteilung, der regionalen Asymmetrie von Ressource und Bedarf.

Die Weltbevölkerung hat sich im 20. Jahrhundert verdreifacht, der Wasserverbrauch in derselben Zeit versiebenfacht. Es ist nicht nur die Zahl der Menschen, die versorgt werden müssen, sondern auch der Wasserverbrauch je Kopf in den vergangenen Jahrzehnten gestiegen. Der Großteil dieses gestiegenen und weiter steigenden Wasserverbrauchs wurde als Voraussetzung zur Nahrungsmittelproduktion notwendig. Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist von 1961/63 bis 2005 von 1.375 Mio. ha auf 1.602 Mio. ha gestiegen, die Bewässerungsfläche in der gleichen Zeit von 141 Mio. ha auf 287 Mio. ha. Die Möglichkeiten, die landwirtschaftliche Nutzfläche weltweit noch wesentlich auszuweiten, sind beschränkt, es sind vielmehr auch nennenswerte Verluste, vor allem in den entwickelten Ländern festzustellen. Andererseits ist die Weltbevölkerung weiter im Steigen begriffen: Aktuell im Herbst 2011 beträgt die Weltbevölkerung 7 Milliarden Menschen. Bis 2050 wird mit einem allerdings abgeflachten Anstieg auf – je nach Berechnungsszenario – zwischen 8 und 10 Milliarden Menschen gerechnet. Gerade jene Räume der Welt, in denen bereits heute eine hochgradige Ausnutzung der Wasserressourcen für die Nahrungsmittelproduktion gegeben ist, weisen auch eine wesentliche Zunahme der Bevölkerung auf. Dies zwingt zu Intensivierungen der Bodennutzung, und das vor allem durch Einsatz zusätzlichen Wassers.

Konfliktgrund Wasser

Um Wasser als begrenzte Ressource besteht ein Wettbewerb zwischen verschiedenen Nutzern. Das kann einerseits die Wasserverteilung lokal zwischen unterschiedlichen Sparten (Siedlung, Industrie, Landwirtschaft) betreffen, oder aber zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen oder Regionen in einem Flussgebiet. Besonders kritisch kann die Situation in zwischen mehreren Staaten geteilten Flussgebieten werden. Wenn von Konflikt gesprochen wird, ist in Zusammenhang mit Wasser nicht vorrangig an einen gewaltsamen Konflikt zu denken, sondern an Konflikte in einer Eskalation weit darunter. Bisher hat es keinen bewaffneten Konflikt allein um die Ressource Wasser gegeben. Beim Sechstagekrieg von 1967 war Wasser ausnahmsweise zumindest ein maßgeblicher Auslöser. Bei manchen gewaltsamen Konflikten kann jedoch Wasser in einem Gemisch mit anderen Konfliktgründen eine Rolle spielen. Überlagert sich das Wasserthema mit anderen Faktoren, wie Armut, sozialen und ethnischen Spannungen, kann sehr wohl ein gewalttätiger Konflikt entstehen.

Wenn man Wasser als Konfliktgrund betrachtet, ist nicht nur an einen direkten Konflikt um die Ressource zu denken, sondern auch an indirekte Auswirkungen von Wassermangel. Die Schätzungen über die Zahl von Umweltflüchtlingen streut in großer Breite, was auch durch methodische Unschärfen der Zuordnung verursacht ist. Eine vorsichtige Schätzung spricht von derzeit 50 Millionen Umweltmigranten, die Zahl könnte gemäß Prognosen bis 2050 auf 200 Millionen steigen. Afrika ist ein Kontinent, der davon in hohem Maße betroffen ist. Die Hungerkatastrophe 2011 in Ostafrika machte das besonders aktuell deutlich. Die Umweltprobleme, die die Menschen zwingen, auf die Suche nach besseren Lebensbedingungen zu gehen, sind in den meisten Fällen auf Wasserprobleme zurückzuführen oder stehen mit solchen in

Zusammenhang. Die Migrationsströme ziehen hauptsächlich innerhalb des Kontinents, teilweise in Richtung der Slums der Megacities, wo die Menschen mit den Problemen fehlender Infrastruktur konfrontiert sind bzw. selbst diese weiter verschärfen. Ein Teilstrom hat – schleppergestützt – Europa zum Ziel. Ob intra- oder interkontinental: Solche Flüchtlingsströme können in den Herkunfts-, Transit- und Zielregionen zu Konflikten führen. Diese reichen von Druck auf Transitregionen an Abschottungsmaßnahmen mitzuwirken bis zu sozialen, wirtschaftlichen, ethnischen und religiösen Spannungen in den Zielregionen.

Wasserverfügbarkeit

Die Wasserverfügbarkeit, also jene Menge an Süßwasser, die einer Person pro Jahr zur Verfügung steht, wird mit folgenden Kategorien beschrieben:

- Bei unter 1.700 m^3 pro Person und Jahr herrscht Wasserknappheit,
- $1.200\text{-}1.500\text{m}^3$ pro Person und Jahr sind notwendig, um eine Person mit ausreichender Nahrung versorgen zu können,
- bei unter 1.000 m^3 pro Person und Jahr ist von Wassermangel zu sprechen.

Heute lebt etwa ein Drittel der Weltbevölkerung unter angespannter Situation hinsichtlich Wasserverfügbarkeit. Mit einem Ansteigen bis zur Verdoppelung in den nächsten Jahrzehnten wird zu rechnen sein. Brennpunkte der Wasserknappheit sind Nordafrika, Naher und Mittlerer Osten und Südasien.

Die mangelnde bzw. zurückgehende Wasserverfügbarkeit kann verschiedene Ursachen haben:

- Naturräumlich gegebener Wassermangel, besonders ausgeprägt in den ariden und semiariden Klimazonen,
- steigende Bevölkerungszahlen besonders in Regionen, die durch Wassermangel gefährdet sind,
- zunehmender Wasserverbrauch durch verstärkte Lebensmittelproduktion, durch partiell steigenden Lebensstandard,
- Übernutzung von im Kreislauf befindlichen Wasserressourcen und Absinken des Grundwasserspiegels,
- Nutzung von fossilem, also nicht mehr im Kreislauf befindlichem Wasser,
- Vernichtung von Wasserressourcen durch Verschmutzung,
- mangelnder Zugang der Menschen zu der Ressource Wasser infolge mangelnder Infrastruktur,
- Verminderung der Niederschläge durch Klimawandel,
- Zerstörung der Nutzbarkeit von Wasserressourcen durch Verunreinigung,
- mangelnde staatliche Kapazitäten und Fähigkeiten zur gerechten und geordneten Bewirtschaftung der Ressource Wasser.

Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserverfügbarkeit

Immer wieder wurden Aktionen der Völkergemeinschaft eingeleitet und durchgeführt, die sich zum Ziel gesetzt haben, den Anteil der Weltbevölkerung ohne ausreichenden Zugang zu Trinkwasser in einer Dekade zu halbieren und dabei insbesondere bei der Errichtung von Infrastruktur ansetzen. Eine davon war die UN-Weltwasserdekade, aktuell laufen die sehr umfassend gefassten Millenniumsziele, die u.a. auch das Trinkwasserthema

ansprechen. Die Ziele der UN-Weltwasserdekade sind jedoch nicht erreichbar gewesen. Die Ursachen lagen darin, dass das Bevölkerungswachstum die gesetzten Verbesserungen bei weitem überholte, dass gelegentlich Technologien angewandt wurden, die sich unter den Gegebenheiten als nicht nachhaltig erwiesen und dass die Bevölkerung bei der Planung und Umsetzung der Maßnahmen zu wenig eingebunden war, um sich mit den Maßnahmen zu identifizieren, sie zu akzeptieren und langfristig zu erhalten.

Grundsätzlich sind alle Maßnahmen, die zu einer besseren Wasserbewirtschaftungstechnik führen, kostenintensiv. Das reicht vom Übergang von traditioneller, mit großen Wasserverlusten verbundener Bewässerungswirtschaft zu modernen Bewässerungsmethoden, Anpassung des Wasserdargebots an den Bedarf durch Wasserspeicherung, eine entsprechende Siedlungshygiene, Nutzung alternativer Wasservorkommen, Meerwasserentsalzung etc. Dies ist auch der Grund dafür, dass bei Klimakonferenzen den Finanzierungsverpflichtungen der entwickelten Länder so hoher Stellenwert zukommt.

Geteilte Flussgebiete

Unter einem Flussgebiet verstehen wir die gesamte Fläche eines Flusses von seinen Quellen bis zur Mündung ins Meer. Viele Flussgebiete sind zwischen Staaten aufgeteilt:

- 261 Flussgebiete auf mehr als 2 Staaten,
- 19 Flussgebiete auf 5 oder mehr Staaten,
- das Flussgebiet der Donau auf 19 Staaten.

Wenn Wasser in einem Flussgebiet eine knappe Ressource darstellt, die Wasserverfügbarkeit gering ist, ist jedenfalls Abstim-

mungsbedarf über die Verteilung der Ressource, über das ob bzw. die Rahmenbedingungen von Eingriffen in den Wasserhaushalt gegeben. Dieser Abstimmungsbedarf kann zur friedlichen Kooperation führen, aber auch in Konflikte unterschiedlicher Eskalationsstufen zwischen Ober- und Unterliegern am Fluss münden.

Völkerrechtliche Theorien und Abkommen

Zur Lösung solcher Probleme wurden unterschiedliche rechtliche Theorien entwickelt, die je nach der Interessenslage des Staates von der Forderung nach absoluter Souveränität – der Oberlieger kann völlig frei über sein Wasser verfügen – bis zur Forderung nach absoluter territorialer Integrität des Unterliegers – dem Oberlieger ist jede Änderung des Wasserflusses zum Nachteil des Unterliegers verboten – reichen kann. Diese beiden Extremtheorien setzen machtpolitische Asymmetrien zwischen den Staaten voraus, sind nicht zielführend für ein friedliches Miteinander und führen direkt in den Konflikt.

Die heute im Völkerrecht anerkannte rechtliche Theorie ist die der „gerechten und angemessenen Nutzung“. Diese besagt, dass alle Anliegerstaaten das Recht auf angemessene Nutzung der vorhandenen Wasserressource haben. Um diese Vorgabe operativ zu setzen, können z.B. Verteilungsschlüssel gemäß der Bevölkerungszahl durch Verhandlungen festgelegt werden. Signifikante Beeinträchtigungen (meist des Unterliegers durch den Oberlieger) sind zu vermeiden bzw. nur in Verbindung mit Kompensationen zulässig. Als sehr zweckmäßige Voraussetzung hat sich erwiesen, der Kooperation in Flussgebieten den organisatorischen Rahmen einer Flusskommission zu geben, in der Problembearbeitungen von der politischen auf die – meist weniger konfliktäre – Expertenebene verlagert werden.

Mehrere internationale Übereinkommen beruhen auf diesen Prinzipien:

- ECE-Übereinkommen zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen (Helsinki-Übereinkommen),
- UN-Konvention über das Recht der nicht-schiffahrtsmäßigen Nutzung internationaler Wasserläufe,
- EU-Wasserrahmenrichtlinie, die in Umsetzung der Ziele eine enge Zusammenarbeit im Flussgebiet fordert, wenngleich sie Mengenaspekte zum Teil ausblendet.

Für Österreich sind solche Bestimmungen die mengenmäßige Bewirtschaftung betreffend nicht ganz unproblematisch. Der Vorbehalt der ausschließlich nationalen Bestimmung über Wasserressourcen des Landes wird von einem breiten Konsens von Bevölkerung, Politik und Medien getragen. Auf diesem Konsens aufbauend konnte Österreich bei den Vertragsverhandlungen in Art. 175 Abs. 2 lit. b EGV durchsetzen, dass Maßnahmen betreffend mengenmäßiger Bewirtschaftung und Verfügbarkeit der Wasserressourcen der Einstimmigkeit der Mitgliedsstaaten unterliegen. Die UN-Konvention über das Recht der nicht-schiffahrtsmäßigen Nutzung internationaler Wasserläufe enthält die sensible Passage „...zur Nutzung des Wassers in mengenmäßiger Hinsicht...“, was für Österreich dem genannten Grundprinzip entgegenläuft und ein relevantes Hindernis für die Ratifikation der genannten Konvention darstellt. Hier ist aber jedenfalls festzuhalten, dass Österreich gegenüber seinen Nachbarstaaten diese angemessene und ausgewogene Nutzung als Basis der Zusammenarbeit zugrunde legt, dies aber aufgrund einer freiwillig getroffenen Entscheidung und nicht eines äußeren Zwanges.

Beispiele geteilter Flussgebiete

In der Folge sollen einige typische Beispiele von Flussgebieten, an denen mehrere Staaten Anteil haben, beleuchtet werden:

Euphrat und Tigris

Die Knappheit der Ressource Wasser in einem Gebiet, das steigende Bevölkerungszahlen aufweist und zusätzlich durch Konflikte wie das Kurdenproblem geprägt ist, stellt eine wichtige Facette der politischen Auseinandersetzung dar. Die Flüsse Euphrat und Tigris entspringen im anatolischen Hochland der Türkei und fließen nach Syrien und in den Irak. Die Türkei betreibt eine intensive Nutzung des Wassers dieser Flüsse, vor allem durch das Südanatolienprojekt, in dessen Rahmen 22 Staudämme und 19 Wasserkraftwerke errichtet werden. Das Wasser dient also der Stromerzeugung und der landwirtschaftlichen Bewässerung. Für Syrien, sowie – aufgrund des Vorhandenseins auch anderer Wasserressourcen in abgeschwächter Bedeutung – für den Irak stellen die beiden Flüsse den wichtigsten Wasserspender dar. Es gibt zwischen der Türkei und Syrien aus dem Jahr 1987 ein Protokoll über Quoten der Wassermengen, die garantiert werden. Der Unterlieger sieht sie wohl als nicht zufriedenstellend an, wobei die Möglichkeit des Entzuges des Wassers zusätzliches Unbehagen verursacht.

Jordan

Am Flussgebiet des Jordan haben Libanon, Syrien, Jordanien, Israel und die Region Palästina Anteil. Die Wasserarmut dieses Raumes macht die Ressource Wasser zu einem ganz wesentlichen Bestandteil politischer Spannungen, aber auch Vereinbarungen und Friedensverträgen. Dies führte auch dazu, dass Israel im Zuge des Sechstagekrieges von 1967, besonders durch die

Besetzung der Golanhöhen, die Wasserressourcen der Region unter seine Kontrolle brachte. Der Sechstagekrieg stellt auch den einzigen bewaffneten Konflikt dar, bei dem die Verfügungsgewalt über Wasser einen wichtigen Auslöser bildete.

Beim Friedensvertrag von 1994 zwischen Israel und Jordanien spielte die Wasseraufteilung zwischen diesen Staaten eine große Rolle, während die Interessen der Palästinenser völlig ausgeklammert blieben. Mit Syrien gibt es keine Vereinbarung, weshalb die weitere Besetzung der Golanhöhen zu den vitalen staatlichen Interessen Israels gehört.

Nil

Am Flussgebiet des Nils haben bisher 10, durch das Entstehen des Südsudans 11 Staaten Anteil. Der Hauptteil des Wassers stammt aus der Äthiopischen Hochebene. Vereinbarungen zwischen den Nachbarstaaten Ägypten und Sudan über die Aufteilung des Wassers stammen aus den Jahren 1929 und 1959. Seit dem Zeitpunkt ihres Abschlusses hat in dem gesamten Raum eine Bevölkerungsexplosion stattgefunden, die eine massive Ausweitung der Bewässerungsflächen notwendig machte. Ägypten hat immer wieder seine Entschlossenheit betont, seine politische und militärische Vormachtstellung in diesem Raum einzusetzen, sollten Oberlieger den Status quo der Wasserverfügbarkeit verändern wollen. Im Rahmen der „Nile Basin Initiative“ wird zwar seit mehreren Jahren eine Kooperation der Anliegerstaaten auf unterschiedlichen Ebenen angestrebt. Allerdings gibt es keine Anzeichen, dass in dieser Kooperation die bisher begünstigten Staaten bereit wären, ihre nationalen Interessen zurückzunehmen. Welchen Einfluss die vielfältigen aktuellen politischen Entwicklungen in diesem

Raum auf die Frage der Wasserverteilung nehmen werden, bleibt abzuwarten.

Indus

Das Flussgebiet des Indus liegt zum größten Teil in Pakistan, erhält aber wichtige Zuflüsse aus Indien. Vom Indus ist die größte von einem Fluss gespeiste Bewässerungsfläche der Welt abhängig. In den Jahren 1948-51 drohten Maßnahmen Indiens zur verstärkten Wassernutzung in einen Konflikt mit Pakistan zu führen. Gleichzeitig schien der Konflikt um Kaschmir in eine bewaffnete Auseinandersetzung zu eskalieren. In Verbindung mit den Spannungen bzgl. der Wassernutzung drohte sich eine gefährliche Konfliktkonstellation zu ergeben.

1956 nahmen beide Staaten die Verhandlungen um den Indus wieder auf. Sechs Jahre später wurde ein Vertrag unterzeichnet, der die Wasseraufteilung regelt und eine Zusammenarbeit in der Bewirtschaftung vorsieht. Der Vertrag und die durch ihn ins Leben gerufene Kommission haben inzwischen zwei Kriege überdauert. So erweist sich Wasser nicht nur als Konfliktgrund, sondern auch als Motor zur Zusammenarbeit.

Mekong

Diese Flusskommission wurde 1995 gegründet und umfasst die Staaten Kambodscha, Laos, Thailand und Vietnam. Das Ziel der Kommission ist die Kooperation für eine nachhaltige Entwicklung des Mekongs. Der Fluss entspringt in Tibet, also auf chinesischem Staatsgebiet. Vermutlich sind es politische Themen und vor allem Absichten Chinas zur Wasserkraftnutzung, die China bisher von einem Beitritt zur Kommission abhalten. Es besteht jedoch eine Kooperation Chinas mit der Kommission, auch Myanmar (Burma) hat einen ähnlichen Status.

Donau

Der Donauroum dürfte mit 19 Staaten, die Anteil am Flussgebiet haben, wohl der Spitzenreiter geteilter Flussgebiete sein. Es ist ein Raum, der über ausreichend Wasser verfügt und durch ein hohes Maß an Kooperation gekennzeichnet ist. Dennoch sind auch hier Probleme und Meinungsverschiedenheiten festzustellen. Diese reichen von grenzüberschreitenden Gewässerverunreinigungen durch Bergwerksschlämme über Fragen des Ausbaus von ursprünglich als Gemeinschaftsanlagen geplanten Wasserkraftwerken, der Konkurrenz des Zuganges der Donau zum Schwarzen Meer bis zur Blockierung des Schifffahrtsweges im Balkankonflikt. Vom letzten Punkt abgesehen werden alle diese Fragestellungen auf administrativer bzw. gerichtlicher Ebene und damit ohne Eskalation behandelt.

Österreich war und ist ein Motor der Zusammenarbeit der Staaten im Donauroum. Dies reicht in jene Zeiten zurück, in denen Europa noch durch den eisernen Vorhang geteilt war. So konnte 1985 die Bukarester Deklaration als Rahmen für eine blockübergreifende Zusammenarbeit geschlossen werden. Nach der „Wende“ wurde dieses Instrument 1994/98 zur Donauschutzkonvention ausgebaut. Die gut funktionierende Zusammenarbeit im Donauroum wird heute international bereits als best practice-Beispiel für andere internationale Flussgebiete herangezogen.

Grenzwässerverträge

Österreich arbeitet nicht nur aktiv in den internationalen flussgebietsbezogenen Gewässerkommissionen mit, sondern pflegt auch eine enge Zusammenarbeit mit seinen Nachbarstaaten, soweit Grenzgewässer in Betracht kommen. Solche Verträge bestehen mit Deutschland, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien. Neben Erfahrungs- und Informationsaustausch geht es um Infor-

mation und in bestimmten Fällen auch um Konsensherstellung über Vorhaben mit Einfluss auf das andere Staatsgebiet.

Insgesamt können wir zusammenfassen, dass die Bestimmungen betreffend Wasserressourcen im internationalen Recht wenig primäres Durchsetzungspotential haben. Sie stellen aber ein gutes Handwerkszeug dar, wenn der gute Wille als Voraussetzung zur Zusammenarbeit vorhanden ist, oder er sich aus der drückend negativen Erfahrung von Bewirtschaftungsproblemen ergibt, oder wenn die Völkergemeinschaft u.a. als Abschluss friedensschaffender oder friedenserhaltender Operationen für die vertragliche Regelung eines nachhaltig stabilen Zustandes die Patronanz übernimmt und dabei den Faktor Wasser nicht vergisst.

An den Schluss dieser Ausführungen möchte ich zwei Zitate des ehemaligen UN-Generalsekretärs *Kofi Annan* stellen:

„Fierce competition for fresh water may well become a source of conflict and wars in the future“. „But the water problems of our world need not be only a cause of tension; they can also be a catalyst for cooperation. If we work together, a secure and sustainable water future can be ours.“

Literatur:

Barandat, Jörg: Wasser – ein neues Pulverfass? Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Heft 71, Hamburg 1993

Behar, Pierre: Die strategische Dimension der Gewässer für Europa, Vortrag, gehalten im Rahmen der Fachtagung „Wasser als strategische Ressource“ am 11.4.1997 an der Politischen Akademie, Wien

Brill, Heinz: Wasser als internationaler Konfliktfaktor. Vortrag, gehalten im Rahmen der Fachtagung „Wasser als strategische Ressource“ am 11.4.1997 an der Politischen Akademie, Wien

- Bruinsma, Jelle: The Resource outlook to 2050; By how much do land, water use and crop yields need to increase by 2050? How to feed the World in 2050? Proceedings of a technical meeting of experts, Rome
- Bundeszentrale für politische Bildung: Zur Rolle der Ressource Wasser in Konflikten, unter: www.bpb.de/themen/X8oAUV,1,0,Zur_Rolle_der_Ressource_Wasser_in_Konflikten (29.07.2011)
- Diercke Weltatlas: Euphrat und Tigris – Wassernutzung, unter: www.diercke.de/kartenansicht.xtp?artId=978-3-14-100700-8&stichwort=Irak
- Dworschak, Verena: Recht auf Wasser, unveröffentlichtes Manuskript
- Edig, Annette van: Kriegsgrund Wasser – Verteilungskonflikte im Nahen Osten, Blätter für deutsche und internationale Politik 8/98, Köln 1998
- Gustenau, Gustav: Wasser als strategischer Faktor aus österreichischer Sicht. Vortrag, gehalten im Rahmen der Fachtagung „Wasser als strategische Ressource“ am 11.4.1997 an der Politischen Akademie, Wien
- Konvention für den Schutz und die Nutzung von Grenzgewässern und internationalen Seen, BGBl. Nr. 578/1996
- Mekong River Commission, unter <http://www.mrcmekong.org/> (09.09.2011)
- Richtlinie zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik, RL 2000/60/EG
- Sager, Wilhelm: Wasser: Quelle von Konfrontation und Kooperation, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 5, Wien 1997
- Thobaben, Henning: Der Wasserkonflikt im Jordanbecken, Kooperationspotentiale im Wassersektor als Beitrag zur Lösung des Nahostkonflikts? Blaue Reihe der TU Braunschweig, Nr. 63, Braunschweig 2005
- Töpfer, Klaus: Ökologische Krisen und politische Konflikte, in: Internationale Politik 2/99, Bonn 1999
- United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO): The 3rd United Nations World Water Development Report: Water in a Changing World (WWDR-3), unter <http://www.unesco.org/water/wwap/wwdr/wwdr3/tableofcontents.shtml>

Worldwatch institute: Dividing the Waters, Food Security, Ecosystems
Health and the New Politics of Scarcity, Washington DC 1996

Anton Dengg

Kriege ums Wasser: Schlagwort oder Realität?

Die dargelegten Ausführungen stammen aus dem Vortrag von Anton Dengg am Forum Ethik zum Thema: „Wasser: Lebensquell, knappes Gut und Kriegsgrund.“ Diese Ausführungen spiegeln nicht die Meinung des BMLVS wider und entstammen der Forschungsarbeit des Autors.

Wasser, Urquelle allen Lebens, ist seit Menschengedenken ein geschätztes Gut. Seine Bedeutung tritt umso markanter hervor, je geringer der Zugang zum lebensnotwendigen Element ist. Wasser garantiert das Überleben, ist täglicher Begleiter, wird aber auch zur Machtausübung genützt. Dieser Artikel beschreibt die allgemeine Relevanz von Wasser für den Menschen.

Der Stellenwert von Wasser

Wasser und Konflikte sind oftmals verzahnt. Im Speziellen, wenn das überlebenswichtige Grundnahrungsmittel zu einem knappen Gut wird, sind Auseinandersetzungen zu erwarten. Die gegenwärtig „schlimmste Katastrophe der Welt“¹ seit 60 Jahren – die Hungerkatastrophe in Somalia – dient als Beispiel. Medien mit ihren oftmals kolportierten Fotos von hungernden und verdurstenden Menschen und Tieren zeugen vom Ausmaß des Elends. Die vorherrschende Dürreperiode bedroht (nach Angaben des „World Food Programme“) 3,7 Millionen Individuen – fast die Hälfte der

¹ Antonio Guterres, Flüchtlings-Hochkommissar der VN. in: Salzburger Nachrichten: „Somalia-Dürre schockt UNO-Flüchtlingskommissar“, unter: <http://www.salzburg.com/online/7malz4/weltpolitik/Somalia-Duerre-schockiert-UNO-Fluechtling-skommissar.html?article=eGMmOI8VcU7PVWVnvgCxXTcOoga-joi6qkKp8IWq&-img=&text=&mode=>, abgerufen am 28. Juli 2011.

somalischen Bevölkerung². Die Tragödie beschränkt sich nicht auf Somalia. „Mehr als 13 Millionen Menschen am Horn von Afrika sind aufgrund der Dürre auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.“³

Derartige Meldungen verdeutlichen die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit ethischen, sozialen sowie sicherheitspolitischen Fragestellungen zu Wassermangel. Welche Auswirkungen sind regional, national und international zu erwarten? Gilt der Zugang zu Trinkwasser als Menschenrecht oder ist das kühle Nass Handelsware wie andere Güter?

Konflikte ums Wasser

Eine quantitative Internetanalyse des Terminus „Wasser“ soll den weltweiten Stellenwert des Elements Wasser erfassen. Eine Eingabe dieses Begriffs in die Suchmaschine „Google“ ergibt über 100 Millionen Ergebnisse.⁴ Die Bezeichnung „Trinkwasser“ kommt auf 3,5 Millionen Datensätze. Dieses Resultat animiert die Relevanz von Wasser als Konfliktstoff im Internet statistisch zu belegen. Korrelieren die Begriffe „Konflikte“ bzw. „Kriege“ mit der Bezeichnung „Wasser“, sollte sich das im Internet widerspiegeln.

Recherchen mit Hilfe von Google zum Begriff „krieg“ ergeben nahezu 50 Millionen „hints“. Bei „Trinkwasser“ in Verbindung mit „krieg“ erhält man 560.000 Einträge. Bei den Begriffen „wasser“ UND „konflikt“ stößt man auf 2,6 Millionen Ergebnisse.

² Vgl. WFP: <http://de.wfp.org/content/hungerkrise-ostafrika>, abgerufen am 28. Juli 2011.

³ Vgl. WFP: <http://de.wfp.org/content/hungerkrise-ostafrika>, abgerufen am 28. Juli 2011.

⁴ Diese, wie folgende Suchanfragen, wurden am 25. Mai 2011 mittels www.google.at durchgeführt.

„wasser“	102.000.000
„Trinkwasser“	3.660.000
„krieg“	49.600.000
„Trinkwasser“ + „krieg“	564.000
„wasser“ + „konflikt“	2.600.000

Auch wenn diese Methode hinkt, lassen die Daten zumindest folgende Aussagen zu:

- Konflikte ums Wasser sind eine Realität – daraus entstehen aber in den seltensten Fällen Kriege;
- der Begriff „Krieg“ nimmt im Internet einen zentralen Stellenwert ein. „Wasser“ korreliert damit jedoch nur zu etwa 1 %.

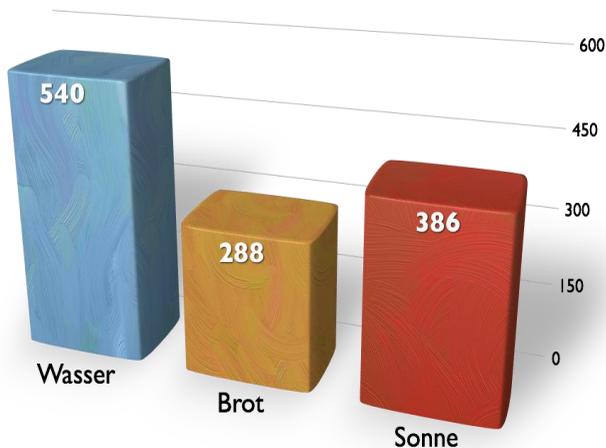
Historische Relevanz von Wasser

Stellt „Wasser“ demnach – verstärkt durch Klimaveränderungen – einen zunehmenden Konfliktgrund dar? Oder gab es ähnliche Konfliktpotentiale auch in der Vergangenheit?

Welchen Stellenwert besaß Wasser beispielsweise in der Bibel?

In einer der ältesten geschichtlichen Überlieferung⁵ findet sich die Bezeichnung „Wasser“ 540 Mal. Um dies zu deuten, muss man den Begriff „Wasser“ in Relation zu anderen überlebenswichtigen „Gütern“ der damaligen Zeit stellen. Stellt man Begriffe wie z.B. „Brot“ und „Sonne“ in Verhältnis zu „Wasser“, ergibt sich folgende Gewichtung:

⁵ Accordance Software für Apple; Bibelversion EÜ-LEM; Suchabfrage.



Quelle: Datengrundlage Accordance; Bibelversion EÜ-LEM Deut 11,4

Ergo wird „Wasser“ in der Bibel um fast 90 % öfter erwähnt als „Brot“. Der Begriff „Sonne“ wird um 29 % weniger verwendet als „Wasser“.

Die Mehrheit der Nennungen zum Begriff „Wasser“ ist im „Alten Testament“ zu orten. Das „Quell des Lebens“ wird darin in vielfältiger Art und Weise angeführt. Es findet Verwendung zum Kochen, als Spiegel, zum Waschen und Reinigen, zum Trinken und Kühlen, aber ebenso zum Gießen, Bauen und als religiöses Symbol. Daneben wird Wasser in einem anderen, unerwarteten Bezug genannt: als Einkommensquelle, als Schutz, zum Härten von Stahl und als Mittel zur Kriegsführung.

Als Beispiel dienen folgende Verse:

- „Du sollst mir Speise um Geld verkaufen, daß ich esse; und du sollst mir Wasser um Geld geben, daß ich trinke.“⁶

⁶ Vgl. Bibelversion Schlachter Deut. 2:28.

- „Was er mit dem ägyptischen Heer, den Rossen und Streitwagen getan hat – das Wasser des Schilfmeers ließ der Herr über ihnen zusammenschlagen, als sie euch nachsetzten, und er riss sie in die Tiefe, sodass sie heute nicht mehr sind.“⁷

Gegenwärtige Relevanz von Wasser

Die „Stiftung Weltbevölkerung“, eine international tätige Entwicklungshilfeorganisation⁸, beziffert die mit 1. Jänner 2011 weltweit erreichte Bevölkerungszahl mit 6,9 Milliarden.⁹ Ende 2011 soll sie bis auf 7 Milliarden ansteigen.¹⁰ Einer Presseinformation dieser Organisation zufolge werden 2025 auf unserem Planeten 8 Milliarden, im Jahr 2050 9,3 Milliarden und Ende dieses Jahrhunderts 10,1 Milliarden Menschen existieren.

Ein Infoblatt¹¹ dieser NGO liefert Details über die Bevölkerungsverteilung im Jahr 2010 und 2100. Dieser Information zufolge werden 2100 45 % der Erdenbürger in Asien, 35 % in Afrika, jeweils ca. 7 % in Europa sowie Lateinamerika, 5 % in Nordamerika und 0,6 % in Ozeanien leben. Hierbei sind die jeweiligen Dynamiken 2010 im Vergleich mit den Zahlen im Jahr 2100 besonders beachtenswert. Das niedrigste Wachstum weist Asien mit 10,37 Prozentpunkten auf. Davor reiht sich Lateinamerika mit 16,6 %, Nordamerika mit 52,5 %, Ozeanien mit 78 %, Europa mit 99 % ein. Bis 2100 wird Afrika die größte Einwohnersteigerung (ca.

⁷ Vgl. Bibelversion EÜ-LEM Deut 11,4.

⁸ www.weltbevoelkerung.de.

⁹ Vgl. Stiftung Weltbevölkerung: <http://www.weltbevoelkerung.de/presse/presseinformationen192.shtml?-navanchor=10049>, abgerufen am 30. Mai 2011.

¹⁰ Vgl. Stiftung Weltbevölkerung: <http://www.weltbevoelkerung.de/informieren/unsere-themen/bevoelkerungs-dynamik/projekte.html>, abgerufen am 13. August 2011.

¹¹ Vgl. Stiftung Weltbevölkerung: http://www.weltbevoelkerung.de/uploads/tx_tspa-pagfilesshortcut/infoblatt-entwicklung-und-projektionen_01.pdf; abgerufen am 18. Oktober 2011.

250 %) aufweisen. Höhere Einwohnerzahlen bedeuten einen erhöhten Grundnahrungsmittelbedarf, inklusive „Wasser“. Große Probleme sind dort zu erwarten, wo bereits 2011 – mit einer geringeren Bevölkerungszahl als 2100 – Versorgungsengpässe bestehen.

Zu analysieren ist nicht nur das allgemeine Bevölkerungswachstum, sondern ebenso der Trend zur Urbanisierung. Immer mehr Menschen zieht es in die Stadt, wo sie sich eine Verbesserung ihrer Lebensqualität erhoffen. Das „United Nations Environment Programme“ (UNEP)¹² analysierte die zunehmende Verstädterung. UNEP kommt zum Schluss, dass 1995 46 % der Gesamtbevölkerung in Städten lebten. 2030 werden sich 60 % und 2050 bereits 70 % der Weltbevölkerung in Metropolen ansiedeln – insbesondere in Entwicklungsländern. 25-50 % der Stadtbewohner werden allerdings in verarmten Slums leben.

Neben dem Problem, dass sich Städte flächenmäßig vergrößern werden, was die allgemeine Infrastrukturproblematik erhöhen wird, liegt die zukünftige Herausforderung für Verwaltungsbehörden auch in der Versorgung der Bürger mit Grundnahrungsmitteln. Die Gründe dafür liegen in den steigenden Bevölkerungszahlen einerseits wie in der zunehmenden Urbanisierung andererseits, was den Wasserbedarf erhöhen wird. Ergo stellt die Wasserbereitstellung in entsprechender Qualität und Quantität neben einer gesellschafts- und gesundheitspolitischen, insbesondere auch eine sicherheitspolitische Aufgabe dar.

¹² Vgl. UNEP: http://hqweb.unep.org/dams/WCD/report/WCD_DAMS%20report.pdf, download am 12.06.2011 (Earthscan: The Report of the World Commission on Dams: Dams and Development. A New Framework for Decision-Making. Nov. 2000, S.4).

2008 waren nach einem Artikel in der „Le Monde diplomatique“¹³ 31 Länder – insgesamt 500 Millionen Menschen – von einer vorübergehenden Wasserknappheit betroffen. Für 2050 prognostizieren UN-Angaben, dass 1,8 Milliarden Individuen ohne Wasser sein werden. Für 5 Milliarden Menschen stellt die Wasserversorgung ein Problem dar.¹⁴ Hinzu kommt, dass sich 261 Wasserscheiden im Grenzgebiet von zwei oder mehreren Staaten befinden.¹⁵ Eventuelle Unstimmigkeiten bei Nutzungsrechten und/oder einem erhöhten Wasserbedarf programmieren Konfliktpotentiale vor.

Aspekt Wassernutzung

Um mögliche Zusammenhänge zwischen Wassermangel und Konflikten aufzuzeigen, wird die Wasserverfügbarkeit analysiert. Eine Übersicht in der „Le Monde diplomatique“ gibt darüber Aufschluss. Demnach „haben 25 Prozent der Landbevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. 40 Prozent leben ohne sanitäre Infrastruktur.“¹⁶ 50 bis 70 % haben zwar einen verbesserten Zugang zu Wasser, leiden jedoch unter schlechten sanitären Bedingungen.¹⁷ Infolgedessen drohen die bestehenden Wasserreserven durch die Abwässer ungenießbar zu werden.

Nach Angaben der UNEP sterben jährlich 4 Millionen Menschen aufgrund verschmutzten Wassers, was umgerechnet 10.000 Tote

¹³ Vgl. „Le Monde diplomatique“: Atlas der Globalisierung. Berlin 2009, S. 22.

¹⁴ Vgl. „Le Monde diplomatique“: Atlas der Globalisierung. Berlin 2009, S. 22.

¹⁵ Vgl. Wolf, 2000, Contributing Paper for WCD Thematic Review V.3 River Basins. Zitiert in UNEP: Dams and Development. A new Framework for Decision-Making, Earthscan, November 2000, S. 15; (http://hqweb.unep.org/dams/WCD/report/WCD_DAMS%20report.pdf, abgerufen am 12. Juni 2011, S. 15).

¹⁶ Vgl. „Le Monde diplomatique“: Atlas der Globalisierung. Berlin 2009, S. 22.

¹⁷ Vgl. „Le Monde diplomatique“: Atlas der Globalisierung. Berlin 2009, S. 22.

tächlich (davon ca. 4.000 Kinder) bedeutet. Bemerkenswerterweise sind nahezu der gesamte afrikanische Raum, der Norden Südamerikas und Zentralasiens von diesem Problem betroffen. Dieser Umstand, in Verbindung mit dem prognostizierten Bevölkerungswachstum in Afrika bis 2100 und den Engpässen bei der Wasserversorgung, lässt Afrika zum Konfliktraum höchster Intensität werden.

Zur Wasserknappheit verbunden mit dem Bevölkerungsanstieg kommt erschwerend hinzu, dass in klimatisch wärmeren Gebieten die landwirtschaftliche Nutzung einen erhöhten Wasserbedarf erfordert.

Wasser als Konfliktgut

Spielt Wasser als Konfliktgrund in gegenwärtigen Krisen und Konflikten eine Rolle, müsste sich dies sowohl in nationalen und internationalen Konfliktanalysen als auch im Internet widerspiegeln. Wenn Wasser aufgrund einer zunehmenden Nachfrage ein schützenswertes nationales Gut darstellt, müsste sich das in Analysen und in staatlichen Sicherheitsstrategien abbilden. Analysen von unterschiedlichen Strategien zum Vorhandensein des Begriffes Wasser zeigen:

- In der „National Defense Strategy“¹⁸ der USA aus 2008 scheint der Begriff „Wasser“ nicht auf.
- In der „National Security Strategy of the United Kingdom“¹⁹ findet sich der Begriff „Wasser“ 15 Mal.

¹⁸ United States of America, Department of Defense: National Defense Strategy, June 2008; <http://www.defense.gov/news/2008%20national%20defense%20strategy.pdf>, abgerufen am 15. Juni 2011.

¹⁹ Ministry of Defence of Great Britain: National Security Strategy 2010; http://interactive.cabinetoffice.gov.uk/documents/security/national_security_strategy.pdf,

- In der „Sicherheitsstrategie für Deutschland“²⁰ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird „Wasser“ sieben Mal genannt.
- Die österreichische Sicherheitsstrategie²¹ nennt „Wasser“ einmal.
- Ein Blick in den Evaluierungsbericht der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) vom Dezember 2008 beweist durch die dreimalige Nennung des Begriffes „Wasser“ dessen Bedeutung. Im EU-Papier heißt es z.B. „Wasser und Rohstoffe rufen in zunehmendem Maße Spannungen hervor.“²²

Wasser gewinnt als Konfliktgut obendrein in einem weiteren Kontext Relevanz – bei Staudämmen. Sie dienen neben der Bewässerung der Energiegewinnung. Unterschiedliche Studien beweisen den rasanten Anstieg der Anzahl von Staudämmen: 1949 zählte man weltweit 5.000²³ – 1997 waren es 36.000²⁴ – 2005 bereits 45.000²⁵.

abgerufen am 14. Juni 2011.

²⁰ CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland, Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 6. Mai 2008, vorgestellt auf der Sicherheitskonferenz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 7. Mai 2008 in Berlin; <http://www.cdu.de/doc/pdfc/080506-beschluss-fraktion-sicherheitsstrategie.pdf>, abgerufen am 14. Juni 2011.

²¹ Österreichische Bundesregierung: Österreichische Sicherheitsstrategie Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten (Stand: 14.12.2010); <http://diepresse.com/mediadb/pdf/sicherheitsstrategie.pdf>, abgerufen am 28. Dezember 2010.

²² Europäischer Rat: Bericht über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie – Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel; Brüssel, den 11. Dez. 2008, S407/08, S.8.

²³ Vgl. UNEP: http://hqweb.unep.org/dams/WCD/report/WCD_DAMS%20report.pdf, S. 8; Download am 13. Juni 2011.

²⁴ Vgl. Energyprofi.com: <http://www.energyprofi.com/jo/staudamm.html>, abgerufen am 13. Juni 2011.

²⁵ Mit einer Staumauer über 15 Meter; Vgl. Energyprofi.com: <http://www.energyprofi.com/jo/staudamm.html>, abgerufen am 13. Juni 2011.

Als Beispiel für einen Staudamm- und damit einen Wasserkonflikt dient der türkische Atatürk-Staudamm. Grund des Konflikts war die als ungerecht empfundene Verteilung bzw. Nutzung der Resource „Wasser“. Anrainerstaaten fühlten sich aufgrund der entzogenen Wassermenge benachteiligt. Letztendlich drohte der Irak mit militärischen Sanktionen.²⁶ Seither kam es regelmäßig zu Treffen von Vertretern der Flussanrainerstaaten, um die jährlichen Wassereinspeisungen zu diskutieren.²⁷

Auch in anderen Regionen der Erde kam es wegen Wassernutzungsfragen zu Unstimmigkeiten. Konfliktanalysen des „Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung“ bestätigen dies. Für 2010 analysierte das Institut 363 Konflikte. Eine Auswertung dieser Studie ergibt:

- 2010 kam es in Ecuador zu Protesten indigener Gruppen (CONAIE), da die Regierung ein neues Gesetz zur Wasserverrechnung einführen wollte;
- seit 1945 schwelt im Nahen Osten ein Konflikt ums „Wasser“. „Streitobjekt“ ist das Wasser der in der BEKAA-Ebene entspringenden Flüsse „Litani“ und „Orontes“. Bei den betroffenen Staaten handelt es sich um Libanon, Israel, Syrien und die Türkei.
- In Peru protestierten 2010 indigene Gruppierungen aus Furcht vor der Verschmutzung des Grundwassers durch Kupferminen.
- Als Wasserkonflikt stufte das HIIK in der Studie 2010 auch die Spannungen zwischen Usbekistan und Tadschikistan ein –

²⁶ Vgl. Imposante Bauwerke: <http://www.imposante-bauwerke.de/ataturk-staudamm-kampf-ums-wasser>, abgerufen am 14. Juni 2011.

²⁷ Vgl. Imposante Bauwerke: <http://www.imposante-bauwerke.de/ataturk-staudamm-kampf-ums-wasser>, abgerufen am 14. Juni 2011.

Ursache ist das Rogun-Damm-Projekt. Dieses Reservoir stellt die primäre Wasserquelle Zentralasiens dar. Die Flüsse Amu Darya, welcher durch Tadschikistan fließt, und Syr Darya, der sich durch Kirgistan zieht, liefern ca. 90 % der zentralasiatischen Wasserversorgung.²⁸ Kasachstan und Usbekistan benötigen für den Anbau von Getreide, Reis und vor allem Baumwolle große Wassermengen, was die Abhängigkeit von Kirgistan und Tadschikistan unterstreicht. Jede Art von Wasserrückgang kann sich katastrophal auf die Ernte in den stromabwärts liegenden Ländern auswirken. Im Gegenzug zur Wasserversorgung liefern Kasachstan und Usbekistan an Kirgistan und Tadschikistan Öl, Gas sowie Kohle.

Die HIIK-Analyse von 2010 zeigt, dass lediglich bei vier von 368 Konflikten das Konfliktgut „Wasser“ (in Form von Trink- und Nutzwasser) eine Rolle spielte.

Folgerungen

Der Wasserverbrauch steigt weltweit kontinuierlich. Je höher der Verbrauch und umso knapper das Gut Wasser wird, desto wahrscheinlicher führt dieser Zustand zu Konflikten oder Kriegen. Die Klimaveränderung hat mittelbare und unmittelbare Auswirkungen auf Mensch und Fauna. „Von der Ausdehnung der Wüste sind bereits annähernd 200 Millionen Menschen betroffen. Durch den Klimawandel könnten in den nächsten zehn Jahren weitere 50 Millionen Menschen ihre Heimat verlieren.“²⁹ Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik, kommt zum Schluss, dass in Afrika die landwirt-

²⁸ Vgl. Taylor, Steven C.: Aral Sea Summit highlights water impasse. per Concordiam; GCM Center; 1/2010, p. 35-37.

²⁹ Vgl. NATO: Brief Ausgabe Winter 2007; <http://www.nato.int/docu/review/2007/issue4/german/photo.html>.

schaftlichen Probleme enorm steigen, „weil Wasserknappheit sich durchsetzen wird. Wir haben Daten, die uns zeigen, dass in einigen Regionen Subsahara Afrikas, in denen es schon heute massive Hungerprobleme gibt, die landwirtschaftliche Kapazität um 25-50% nochmals zurückgehen könnte – bis 2030-2040.“³⁰

Die analysierten Studien und Übersichten lassen erkennen, dass es gegenwärtig weder einen „Krieg ums Wasser“ gibt, noch „Wasser“ als wesentliches Konfliktgut gilt. „Krieg ums Wasser“ ist vorerst noch ein Schlagwort. Das prognostizierte Bevölkerungswachstums sowie die Auswirkungen des Klimawandels lassen allerdings vermehrt auf Spannungen und Konflikte schließen. Wasserverschmutzung verschärft diese Situation. Wasserkonflikte bedeuten einerseits Grenzkonflikte und andererseits Verteilungskonflikte. Wasserknappheit erhöht in Zukunft ebenso die Problematik von Flüchtlingsbewegungen.

Knappe Güter setzen stets Preisspiralen in Gang und sind somit begehrte Objekte von Spekulanten. Rohöl wie auch landwirtschaftliche Produkte stellen ein Beispiel dar. Es ist zu befürchten, dass „Wasser“ davon nicht ausgenommen bleibt. In diesem Fall wäre mit höheren Wasserpreisen zu rechnen, was vermögende Gesellschaftsschichten bevorzugt. Eine Zuspitzung des Konfliktpotentials wäre die sicherheitspolitische Folge. Entsprechenden Entwicklungen, wonach „Wasser“ als Spekulationsgut gehandelt wird, ist entschieden entgegenzutreten. Ethische Grundsätze sind bei der Wasserverteilung besonders zu beachten.

³⁰ Prof. Dr. Messner, Dirk, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in einem Interview in „Ö1 Wissen Aktuell zum Thema „Klimaschutz und Armutsbekämpfung“, gesendet am 18.03.2009.

Literatur:

CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Eine Sicherheitsstrategie für Deutschland, Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 6. Mai 2008, unter: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/080506-beschluss-fraktion-sicherheitsstrategie.pdf> (14.06.2011)

Energyprofi.com: Der Staudamm, Energie-Gewinnung mit Wasserkraft, unter: <http://www.energyprofi.com/jo/staudamm.html> (13.06.2011)

Europäischer Rat: Bericht über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie – Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel, Brüssel 2008

Imposante Bauwerke: „Atatürk Staudamm – Kampf ums Wasser“, unter: <http://www.imposante-bauwerke.de/atatuerk-staudamm-kampf-ums-wasser> (14.06.2011)

Le Monde diplomatique: Atlas der Globalisierung, Berlin 2009

Messner, Dirk: Interview in „Ö1 Wissen Aktuell zum Thema „Klimaschutz und Armutsbekämpfung“, gesendet am 18.03.2009

Ministry of Defence of Great Britain: National Security Strategy 2010, unter: http://interactive.cabinetoffice.gov.uk/documents/security/national_security_strategy.pdf (14.06.2011)

NATO: Brief Ausgabe Winter 2007, unter: <http://www.nato.int/docu/review/2007/issue4/german/photo.html>

Österreichische Bundesregierung: Österreichische Sicherheitsstrategie Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten (Stand: 14.12.2010), unter: <http://diepresse.com/mediadb/pdf/sicherheitsstrategie.pdf> (28.12.2010)

Salzburger Nachrichten: „Somalia-Dürre schockt UNO-Flüchtlingskommissar“, unter: [http://www.salzburg.com/online/7mal24/weltpolitik/Somalia-Duerre-schockiert-UNO-Fluechtlingskommissar.html?article=eGM-mOI8VcU7PVWVnvgCxXTcOogajoi6qkKp8IWq&img=&text=&mode="](http://www.salzburg.com/online/7mal24/weltpolitik/Somalia-Duerre-schockiert-UNO-Fluechtlingskommissar.html?article=eGM-mOI8VcU7PVWVnvgCxXTcOogajoi6qkKp8IWq&img=&text=&mode=) (28.07.2011)

Stiftung Weltbevölkerung: <http://www.weltbevoelkerung.de>

Taylor, Steven C.: Aral Sea Summit highlights water impasse. per Concordiam, GCM Center, 1/2010, S. 35-37

United States of America, Department of Defense: National Defense Strategy 2008, unter: <http://www.defense.gov/news/2008%20national%20defense%20strategy.pdf> (15.06.2011)

United Nation Environment Programme (UNEP): Earthscan: The Report of the World Commission on Dams: Dams and Development. A new Framework for Decision-Making, November 2000, unter: http://hqweb.unep.org/dams/WCD/report/WCD_DAMS%20report.pdf (12.06.2011)

World Food Programme (WFP): Hungerkrise in Ostafrika, unter: <http://de.wfp.org/content/hungerkrise-ostafrika> (28.07.2011)

Wolfgang Mühlberger

Die Wasserfrage in der israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung im Spannungsfeld zwischen Hydrohegemonie und rechtlichen Aussprüchen – Eine Einführung in die nahöstliche Geopolitik des Wassers

„Each Israeli settler uses five times as much water as a Palestinian neighbor, who must pay four times as much per gallon.“

Jimmy Carter, Palestine: Peace Not Apartheid

Executive Summary

Diese Untersuchung möchte der Frage auf den Grund gehen, inwiefern sich die Wasserkomponente des israelisch-palästinensischen Konfliktes zwischen den Größen ‚Hydrohegemonie‘ und ‚Wasserrecht‘ bewegt und ob der Umgang mit diesem Streitpunkt eher zur Verschärfung oder zur Entspannung des übergeordneten politischen Konfliktes beiträgt. Dazu soll untersucht werden, ob Ansprüche auf die Ressource Wasser ‚gerecht‘ (im Sinne von fair) und ‚rechtens‘, das heißt nach – von beiden Streitparteien akzeptierten – rechtlichen Normen erstens um- und zweitens durchgesetzt werden oder ob die offensichtlich hegemoniale Haltung des militärisch stärkeren und politisch einflussreicheren Akteurs Israel die Förderung, Zuteilung und Nutzung der Ressource Wasser signifikant verzerrt und dadurch einen Verteilungskonflikt begründet und die Situation somit zuzätzlich polarisiert.

Einleitung: Wasser in der Levante als knappes und strategisches Gut

Die Levante zeichnet sich durch geringe Niederschlagsmengen, trockene Sommer, starke saisonale und jährliche Schwankungen und massiven demografischen Druck aus. Infolgedessen entsteht das Phänomen des Wasserstress, weshalb ein vorausschauendes Wassermanagement Qualität und verfügbare Mengen der Ressource maßgeblich determiniert. In Ermangelung eines solchen können Aquifere und Oberflächengewässer schnell an ihre Fördergrenzen stoßen oder nicht mehr die erforderliche Qualität liefern. Im engen Raum der Levante wird das begehrte Gut gleichzeitig von mehreren Staaten nachgefragt und über die Jahre haben sich unterschiedliche bilaterale Einigungen zur Regelung der grenzüberschreitenden Nachfrage entwickelt.

Bedingt durch seine geostrategische Lage bei der Staatsgründung im Jahr 1948 sah sich Israel gezwungen, die militärische Situation durch die Erlangung strategischer Tiefe zu verbessern, um zukünftige Angriffe arabischer Armeen besser abfangen zu können. Durch die dieser Logik entsprungene schrittweise territoriale Einverleibung, insbesondere Cisjordanien (auch Westbank) im Jahr 1967, wurde darüber hinaus zusätzlicher Spielraum für die Ausdehnung der eigenen Bevölkerung geschaffen. Auf diplomatischem Wege gelang das Erzielen strategischer Tiefe durch die Unterzeichnung von Friedensverträgen mit Ägypten (1979) und Jordanien (1994) sowie in einem übergeordneten Rahmen durch sukzessive Allianzbildung mit den Schutzmächten Sowjetunion (indirekt via Tschechoslowakei), Frankreich (bis 1967) und schließlich den Vereinigten Staaten. Auf militärischem Wege gelang es primär durch die Besetzung der so genannten Westbank (in israelischer, historisierender Diktion Judäa und Samaria genannt), des

Golan und der Sinaihalbinsel während des Sechstagekrieges im Jahr 1967.

Durch die territoriale Eingliederung der Westbank, sowohl im Rahmen einer zivilen, als auch einer militärischen Verwaltung, entstand eine östliche Pufferzone, wodurch Israel auch die direkte Kontrolle über die reichen hydrologischen Ressourcen dieses Gebirgszuges zwischen Galiläa und der Negev-Wüste erlangen konnte. Die Eroberung des Golan ermöglichte ebenfalls die Kontrolle nicht unwesentlicher Wasservorkommen, die in Summe in Richtung Jordantal strömen. Das 1995 unterzeichnete Oslo II Abkommen zwischen Israel und der in diesem Zuge gebildeten Palästinensischen Selbstverwaltungsbehörde enthält auch Regelungen über die Zuteilung, Verwendung und Verwaltung von Wasser, welches seinen Ursprung im besetzten palästinensischen Gebiet hat. Dabei wurden auch gemeinsame Gremien ins Leben gerufen, die bei näherer Betrachtung jedoch primär der israelischen Interessenvertretung dienen und Mittel zum Zweck der Hegemonieumsetzung darstellen.

1. Israels Wasserverwaltung und Entwicklung zum hydropolitischen Hegemon

In der semi-ariden Region der Levante ist Wasser von Natur aus ein begehrtes, relativ knappes Gut. Zudem sind die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen rar und die lokale Lebensmittelproduktion kann mit der demografischen Entwicklung oft nicht mithalten. Einer der Gründe, warum der von der UN vorgeschlagene und sanktionierte Teilungsplan des historischen Palästina von den arabischen Staaten abgelehnt wurde, fußt denn auch auf der Tatsache, dass die den Palästinensern zugeschriebenen Gebiete für die Landwirtschaft vergleichsweise ungeeignet waren. Die Verfügbarkeit über Ressourcen spielte daher seit Beginn

des israelisch-arabischen Konfliktes eine nicht unerhebliche Rolle. Mit der Frage der Landverteilung eng verbunden, zusätzlich vorgegeben durch die Intensität der landwirtschaftlichen Kultur und der künstlichen Bewässerung, den Verbrauch der Bevölkerung oder den Bedarf der Industrie, ist somit auch der Umgang mit dem Rohstoff Wasser.

Bis in die 1930er Jahre wurden von den jüdischen Siedlern und dem Yishuv¹ lediglich lokale Quellen genutzt. In seltenen Fällen kam es ab Mitte der 30er Jahre auch zu Zusammenschlüssen zwischen Gemeinden, wie in den Siedlungen des Jordantals beobachtet werden konnte.² Durch die Eröffnung des Wasserreservoirs von Ras al-Ain für Jerusalem wurde ab 1936 beispielsweise erstmals die Versorgung der gesamten Stadt aus einem zentralen Reservoir gewährleistet. Mit dem in den späten 1940er Jahren einsetzenden Staatsaufbau Israels veränderte sich jedoch die Dynamik dieser kleinteiligen Organisation und wurde fortan durch einen umfassenden „hydrologischen Imperativ“ bestimmt.³ Dabei galt es, das zionistische Staatsprojekt, die jüdische Besiedlung des Territoriums und die Wasserfrage in Einklang zu bringen. Zu diesem Zwecke wurden ab den 1950er auch erstmals landesweite Pläne der Wasserbewirtschaftung ausgearbeitet. Wie Feitelson und Fischhendler zudem in ihrer Studie anmerken, war „[...] the underlying motivation for the canals they proposed was the facilitation of settlements to secure territories for a Jewish national home.“⁴ In der frühen zionistischen Phase hatte Chaim Weizman,

¹ Die traditionell im britischen Mandatsgebiet Palästina und zuvor in den entsprechenden osmanischen Provinzen und Sandschaks (Jerusalem) lebende jüdische Bevölkerung.

² Feitelson/Fischhendler (2009), 732.

³ Op. cit., 730.

⁴ Op. cit., 733.

damals Präsident der World Zionist Organisation, noch den Litanifluss im Libanon als nördliche Grenze für einen zu gründenden israelischen Staat reklamiert.⁵ Diese Ansprüche wurden aber mit dem UN-Teilungsplan 1948 zunichte gemacht.

Die Umsetzung der nationalen Pläne zur Wasserversorgung begann 1955 mit der Fertigstellung der Yarkon-Negev Pipeline⁶, die 1964 in den umfassenderen NWC (National Water Carrier) integriert wurde und eine landesweite Bereitstellung von Wasser aus dem See Genezareth ermöglicht. Auch die jüdischen Siedlungen in der Westbank werden zu einem nicht unerheblichen Teil durch Seitenarme des NWC versorgt.⁷ Dieser Trend begann laut dem israelischen Hydrologen Haim Gvirtzman mit dem Ausbau der jüdischen Siedlungen im besetzten Gebiet: „In the late 1970s and 1980s, as many Jewish settlements were built in Judea and Samaria, they were connected to the National Water Carrier [...] by long pipelines.“⁸

In weiterer Folge kam es nicht nur zu einer wachsenden Zentralisierung des Wassermanagements (zuerst staatlich, dann privatwirtschaftlich über das Unternehmen Mekorot), sondern auch zur Tendenz eine angebotsorientierte Herangehensweise an die Wasserfrage (so genanntes ‚Supply Side Management‘) zu forcieren. Das heißt, ausgehend von einem bestimmten Verbrauchsniveau oder einer gar wachsenden Nachfrage, wurde primär darauf

⁵ Zeitoun/Messerschmid (2009), 150.

⁶ „Israel inaugurates Yarkon-Negev pipeline amid great festivities“, JTA Jewish News Archive (<http://archive.jta.org/>).

⁷ „Wir fördern Wasser von der Küste nach [...] Qiriat Arba [...] und in weitere jüdische Siedlungen.“ So Ido Rosoljo, Geschäftsführer des israelischen Wassermopolisten Mekorot, im Interview am 12. November 2009 mit Deutschland Radio (<http://www.dradio.de/df/sendungen/hintergrundpolitik/1068689/>).

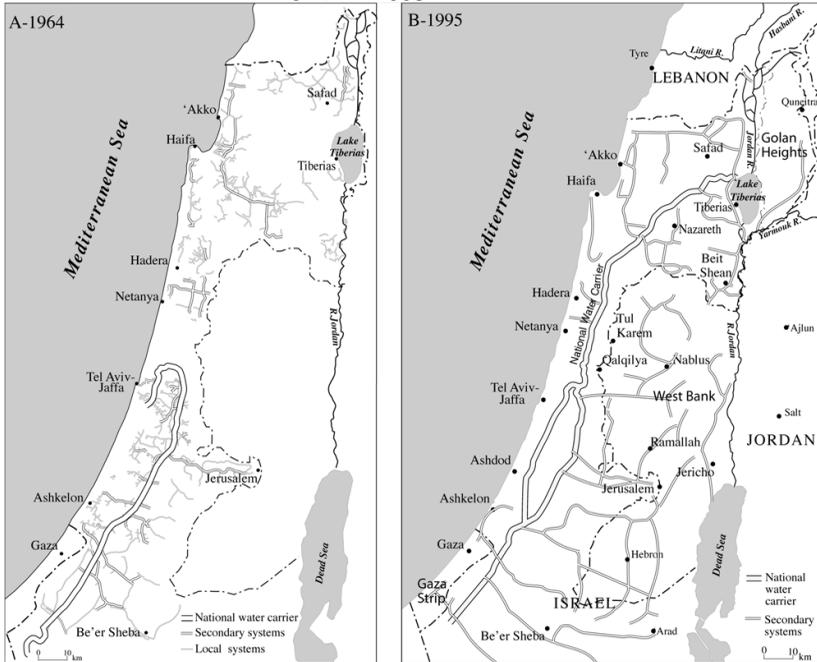
⁸ The Israeli-Palestinian Water Conflict: An Israeli Perspective (2012), 4.

gesetzt, über immer größere Mengen an Wasser verfügen zu können. Dieser Trend hängt nach wie vor mit der partikularen Rolle der israelischen Landwirtschaft zusammen und erklärt die politische Entscheidung, einen weitgefassten Jordanbecken-Zugang zu wählen, um die Wasserversorgung Israels und der Siedlungen in den besetzten Gebieten auf dem gewünschten Niveau halten zu können.

In den Jahren vor dem 6-Tage Krieg (1967) kam es in der Wasserfrage immer wieder zu Spannungen zwischen Syrien und Israel. Von 1953 bis 1955 wurde seitens der USA daher die Johnston Mission verabschiedet, um eine Einigung zu erzielen. Diese Hydrodiplomatie war allerdings nicht von Erfolg gekrönt, da die Vermittlung zu keiner Übereinkunft zwischen den Konfliktparteien führte. Wichtiger für die israelische Wasserversorgung sollte jedoch die Entwicklung des NWC sein. Mit der Eindämmung des Sees Genezareth (auch Kinneret) durch den Alumnot Damm im Jahr 1964 wurde die technische Voraussetzung für eine regelmäßige Wasserentnahme geschaffen. Im Nordwesten des Sees befindet sich die Abpumpanlage Sapir, die den NWC durch die Entnahme des wertvollen Rohstoffs speist. Das Jahr 1964 stellt somit in zweierlei Hinsicht eine „Wasserscheide“ dar: Erstens war vor der Inbetriebnahme des NWC das durch Brunnen und Pumpen geförderte Grundwasser die Hauptquelle. Zweitens verwandelte sich durch die Inbetriebnahme des NWC das im Kinneret gespeicherte Oberflächenwasser zur essentiellen Versorgungsquelle und die Kontrolle der Zuflüsse des Sees avancierte zu einem strategisch bedeutsamen Element.⁹ Vor diesem Hintergrund sind auch die Zusammenstöße zwischen Israel und Syrien zwischen 1964 und 1966 einzuordnen.

⁹ Zeitoun/Messerschmid (2009), 153.

Gegenüberstellung der Wasserversorgung Israels und der besetzten palästinensischen Gebiete in den Jahren 1964 und 1995.



Quelle: ‚Water Supply Systems in Israel: 1964 and 1995‘ in: Feitelson/Fischhendler (2009), 734.

Mit der Einnahme und andauernden Besetzung der Westbank im Jahr 1967 gelang es dem Staat Israel nicht nur eine östlich gelegenen Pufferzone zum Schutz des schmalen israelischen Küstenabschnitts abzusichern, sondern wurde dadurch auch die Kontrolle über drei reichhaltige Aquifere und die Oberläufe einiger kleinerer Wasserströme ermöglicht. Insgesamt transformierten die nördlichen und östlichen territorialen Zugewinne infolge des 6-Tage Krieges (Westbank und Golan) Israel quasi zum Oberanlieger des Jordans, der nun einen Großteil der Zuflüsse kontrollieren konnte. Eine Ausnahme stellt der Jarmuk (Yarmouk) dar, der die Grenzziehung zwischen Syrien, Jordanien und Israel definiert.

Israel hat seit dem Krieg 1967 Zugang zum westlichen, unteren Ende des Flussverlaufs und leitet von dort Wasser durch einen Kanal auf den Golan (siehe oben, rechte Karte). Durch militärische Erlässe wurde die gesamte Westbank der staatlichen israelischen Wasserverwaltung zugeschanzt und somit auch eine rechtliche Grundlage für die Ausbeutung der begehrten Ressource geschaffen.¹⁰

Diese Phase kann aus israelischer Sicht als Dominanz bezeichnet werden, da die Ausbeutung der Ressource Wasser ab 1967 primär auf Basis unmittelbarer militärischer Vorherrschaft in Kombination mit damit einhergehenden rechtlichen Regelungen (Erlässen) funktioniert. Mit der Vorbereitung und späteren Umsetzung der quasi-bilateralen Abkommen zwischen der PLO (Palestine Liberation Organisation) und dem Staat Israel¹¹ ab 1993 wurde die Phase der Hegemonie eingeleitet, welche trotz bestehender militärischer Komponenten nicht nur auf unilateral bestimmten Gesetzen, sondern auf Abkommen beruht, die in gegenseitigem Einverständnis unterzeichnet worden sind.

Das heißt, in der hegemonialen Phase braucht sich der Staat Israel zur Zielerreichung, nämlich der Ausbeutung der Ressource Wasser zu seinen Gunsten und auf Kosten der palästinensischen Bevölkerung, nicht mehr bloß militärisch zu behaupten, sondern kann sich zur Durchsetzung seiner eigenen Interessen auf internationale Abkommen berufen, die bei näherer Betrachtung jedoch eindeutig im Dienste der militärisch stärkeren und politisch dominanten Konfliktpartei stehen.¹² In kritischer Perspektive gelten die

¹⁰ Op. cit., 735.

¹¹ Haddadin (2002), 324.

¹² Siehe dazu ausführlich: Amnesty International (2009): Wassernöte – Palästinensern wird der faire Zugang zu Wasserressourcen vorenthalten.

Verträge von Oslo daher als Institutionalisierungsmechanismus der israelischen Kontrolle über das rare Gut Wasser.

EXKURS: Landwirtschaft als heilige Kuh – ein veränderungs-resistentes Relikt aus sozialistisch-zionistischen Zeiten

Die Staatsgründung Israels wurde von den arabischen Staaten auch deshalb abgelehnt, weil der von den Vereinten Nationen vorgesehene palästinensische Teil für den Ackerbau größtenteils ungeeignet war. Im Umkehrschluss gilt daher auch, dass Israel sich im Rahmen der UN Sicherheitsrats-Resolution 242 die besseren landwirtschaftlichen Flächen sichern konnte. Durch die intensive (im Vergleich zur vormaligen eher rudimentären) Nutzung dieser Böden durch die Siedler und eine aufgrund der Besiedlungskomponente ideologisch geförderte Landwirtschaft entstand freilich ein erheblicher Bedarf am Rohstoff Wasser. Auch heute noch wird die Wassernutzung in Israel grundsätzlich durch dieses Muster geprägt: Die Landwirtschaft, insbesondere durch den Anbau wasserintensiver Feldfrüchte (beispielsweise Zitrusfrüchte) konsumiert knapp 70 % des Wassers, um jedoch lediglich 1,5 % Anteil am jährlichen BIP zu erbringen. In den frühen Jahren der zionistischen Besiedelung vor der Staatsgründung spielte der Jüdische Nationalfonds (siehe Abbildung nächste Seite) eine nicht unerhebliche Rolle beim Erwerb agrarischer Flächen, der Besiedlung und der Sicherung von Wasser.

Für Israel birgt die Bedeutung des agrarischen Sektors auch eine Image-Komponente, unter anderem im Ausland.¹³ Der Export von Zitrusfrüchten (Pomelos, etc.) beispielsweise unterstreicht eine florierende Landwirtschaft und soll den erfolgreichen Pioniergeist

¹³ „Auch in Deutschland landet Obst und Gemüse aus Israel in den Supermarktregalen [...]“ Erdbeeren aus der Wüste in: Zeit online 31.3.2010 (<http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2010-03/israel-wasser-krise>).

der ehemaligen Siedler beschwören: „Für Israelis und Zionisten verkörpert die Orange nationalen Stolz und die zionistische Idee par excellence: eine trostlose Einöde in fruchtbares Land zu verwandeln“, meint der israelische Regisseur Eyal Sivan.¹⁴

Briefmarke des Keren Kajemet le-Israel (Jüdischer Nationalfonds) mit Abbildung eines Wasserreservoirs in der Siedlung Gan Schmuël (Datum ca. 1915).



Quelle: Wikipedia

Dennoch gilt, dass Israel als modernes, industrialisiertes Land im ökonomischen Gedeihen strukturell nicht primär von der Ressource Wasser abhängig ist. Im Gegensatz dazu zeichnen sich die besetzten palästinensischen Gebiete durch einen nach wie vor relativ ausgeprägten ruralen Charakter (ca. 20 % des BIP) und somit insgesamt durch eine größere Wasser-Abhängigkeit aus.¹⁵

¹⁴ Interview mit Eyal Sivan in: Zenith – Zeitschrift für den Orient, 3/2010.

¹⁵ Cf. Heyden (2006), 10.

Dieser Umstand wird auch durch die Zahlen der FAO belegt, deren Informationssystem zu Wasser und Landwirtschaft AQUA-STAT ‚dependency ratios‘ errechnet. Diese Berechnung bringt die langfristige durchschnittliche jährliche Verfügbarkeit erneuerbarer Wasserquellen zum Ausdruck. Israel hat dabei eine Abhängigkeitsrate von 57,87 %, die besetzten palästinensischen Gebiete hingegen 2.987 %.¹⁶ Die Zahlen bringen unter anderem zum Ausdruck, dass den Palästinensern beispielsweise der Zugang zum Jordanwasser verwehrt wird, da jenes in erster Linie bereits im großen Stil im aufgestauten See Genezareth entnommen wird, um den NWC zu speisen und darüber hinaus selbst der Zugang zum Jordan im Jordantal aufgrund eines sich dort befindlichen militärischen Sperrgebietes unmöglich gemacht wird. Zudem wird auf Grundlage des Gaza-Jericho-Abkommens aus 1994 den Palästinensern lediglich die Nutzung eines einzigen Westbankaquifers zugesprochen, bei dem es sich um das kleinste der drei Aquifere handelt, welches in südöstliche Richtung (zum Toten Meer) entwässert.

Die israelische Wassernutzung befindet sich mittlerweile jenseits der ‚replenishment rate‘ (Auffüllrate) der angezapften Aquifere. Dieser Zustand wiederum ist eine grundlegende Motivation für die Nutzung der militärischen Vormachstellung zwecks Ausübung der Wasserhoheit in den besetzten oder annektierten Gebieten. Darüber hinaus ist diese prekäre Versorgungslage auch für die Förderung der Meerwasserentsalzung¹⁷ und für den Wasserimport, primär in Form des so genannten ‚virtuellen Wassers‘¹⁸, zuständig.

¹⁶ Cf. ‚Israel‘ und ‚Occupied Palestinian Territory‘ unter: www.fao.org/nr/aquastat.

¹⁷ Im Detail siehe dazu: Sanders (2009), Water desalting and the Middle East peace process.

¹⁸ Als virtuelles Wasser wird das in Import-/Export-Produkten gebundene und zu

Kritiker des angebotsorientierten Managements wie Gidon Bromberg, Direktor der Umweltschutzorganisation ‚Friends of the Earth‘, sehen die Lösung denn auch in der kompletten Umkehr der Strategie: „Der Fokus sollte auf Nachfragemanagement liegen. Es sei nicht normal, dass ein Land wie Israel im Sommer grün sei, Bananen anbaue und Tropenobst exportiere.“¹⁹

2. Wasser in den Friedensverhandlungen mit den Palästinensern

Unter rechtlichen Gesichtspunkten wird die Frage der Zugangsregelung von Anrainerstaaten zu Wasservorkommen auf verschiedenen Ebenen festgelegt, so auch in UN-Konventionen. Zudem gelten in Fragen grenzüberschreitender Grundwasservorkommen internationale rechtliche Standards. Darüber hinaus erwächst der israelischen Besatzungsmacht aufgrund eben dieser Eigenschaft im Prinzip eine Reihe von rechtlichen Verpflichtungen, die unter anderem auf humanitärem Völkerrecht beruhen und einen Konnex zur Wasserfrage beinhalten.

Vor diesem multiplen Hintergrund und der offenen Frage der Einklagbarkeit der Ansprüche seitens der Palästinenser erschiene ein direkter, „bilateraler“ Zugang zur Wasserfrage zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) als naheliegende Lösung zur Schaffung eines rechtlich verbindlichen Rahmens. Daher lohnt es sich an dieser Stelle, einen Blick auf das Zustandekommen und die Umsetzung des israelisch-palästinensischen Interimsabkommens, insbesondere in Bezug auf die

dessen Produktion benötigte Wasser bezeichnet. Der Wert für ein Kilogramm Orangen beträgt ca. 500 Liter, für einen Liter Orangensaft rund 850 Liter.

¹⁹ Erdbeeren aus der Wüste in: Zeit online 31.3.2010 (<http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2010-03/israel-wasser-krise>).

Wasserkomponente, zu werfen. Für die aus dem Oslo-Prozess entstandene palästinensische Selbstverwaltungsbehörde besteht jedoch die grundlegende Schwierigkeit, dass sie als derartige Entität über keine vollumfänglichen staatlichen Souveränitätsrechte verfügt und somit ihre zwar de facto, aber nicht de jure existierenden Ansprüche in Form von Rechten auch nicht einfordern kann.

Die ersten substantiellen Schritte in Richtung eines israelisch-palästinensischen Abkommens ab der Madrid-Konferenz von 1991 rückten auch die Wasserfrage als wesentliches Konfliktelement ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Unter Diskussion diverser Vorschläge (ökonomische Lösung durch „Kommerzialisierung“, Umleitung regionaler Aquifere oder Meerwasserentsalzung)²⁰ setzten sich in weiterer Folge in der Praxis zwei Abkommen durch: das Jordanisch-Israelische Friedensabkommen (1994) mit seiner transnationalen Wasserkomponente (siehe unten, Exkurs: Das Wasser-Abkommen mit Jordanien) sowie das israelisch-palästinensische Interimsabkommen aus dem Jahr 1995 (auch Oslo B genannt), inklusive den hydrologischen Aspekten.

Bei den Verhandlungen war Wasser ein derart zentrales Thema, das es zum Aufgabenbereich eines eigenen Verhandlungsteams gehörte. Eines von fünf Teams bei den multilateralen Verhandlungen befasste sich ausschließlich mit Wasserfragen. Die Palästinenser (ursprünglich vertreten durch eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation) beharrten dabei auf der Kontrolle über die drei Aquifere des Westbank-Gebirges sowie dem ungehinderten Zugang zum Jordan. Da Israel die Gebirgsaquifere aber als eine der drei tragenden Säulen ihres Wassermanagements betrachtet – und benötigt (neben dem See Genezareth und

²⁰ Cf. Feitelson/Fischhendler (2009), 735.

dem Küstenaquifer) – lehnte es, auch über eine stärkere Verhandlungsposition verfügend, das Ansinnen ab.

Außerdem wurde bei den Verhandlungen vom Status Quo des jeweiligen Wasserkonsums ausgegangen. Fragen über die Verteilungsgerechtigkeit standen also gar nicht zur Debatte. In Israel konnte vor dem Beginn der Verhandlungen von 1991 sogar eine massive Verbrauchssteigerung bemerkt werden, um den Wasserbedarf bei den Verhandlungen möglichst hoch ansetzen zu können.²¹

Da es sich bei dem Oslo-Abkommen zwischen dem israelischen Staat und der PA nur um ein Interimsabkommen handelt, ist der Transfer der Souveränität nicht nur territorial eingeschränkt (durch Unterscheidung der Hoheitsrechte in den Zonen A, B und C), sondern auch rechtlich unvollständig. Israel anerkennt zwar vage die Legitimität palästinensischer Ansprüche auf die Ressource Wasser (eine genaue Quantifizierung soll erst in einem permanenten Friedensabkommen festgelegt werden), allerdings wurde in der Praxis ein Koordinierungsmechanismus eingesetzt. Dieses JWC (Joint Water Committee) spiegelt jedoch genauso wie der Verhandlungsverlauf die Machtkomponente wider, da es de facto die Machtasymmetrie zugunsten Israels zementiert²² und diese damit sogar in einen formalen Rahmen überführt.

Das JWC hat zur Aufgabe, die Hydropolitik und die Verwaltung gemeinsamer Wasserressourcen abzustimmen. Dabei wird es durch Wasserfachleute beider Seiten unterstützt. Innerhalb dieser Struktur befinden sich noch Unterkomitees, die sich mit spezifischen Aufgabenbereichen, wie Abwasser, Preisfestlegung usw.

²¹ Zeitoun/Messerschmid (2009), 157.

²² Cf. Feitelson/Fischhendler (2009), 738.

befassen. Dieses Komitee ist das Hauptforum für bilaterale Verhandlungen und Entscheidungsfindungen in grenzüberschreitender Wasserpolitik.²³ Kritische Stimmen bemängeln jedoch, dass das JWC in erster Linie der israelischen Vorherrschaft dient, wenngleich es den Anspruch erhebt, ein Kooperationsinstrument darzustellen. Zeitoun kommt gar zu dem Schluss: „Not only does the Israeli side have the ability to set the agenda of JWC meetings, it has on occasion been so confident of the outcome that the minutes of meetings have been written ahead of time.“²⁴

Parallel zu der 1995 ins Leben gerufenen PA wurde auch die PWA (Palestinian Water Authority) gegründet, die für die zentrale Verwaltung von Wasser- und Abwasserfrage in ihrem Hoheitsbereich zuständig ist. Problematisch dabei ist, dass zahlreiche Wasserakteure auf palästinensischer Seite die Legitimität und Autorität dieser Institution von Anfang an herausgefordert und unterminiert haben. Traditionelle, althergebrachte Bewässerungs- und Wasserverteilungssysteme im Dienste einflussreicher Familien oder wasserreicher Kommunen standen somit einer neuen Institution gegenüber. Einerseits litt die PWA an einem Kapazitätsproblem, andererseits handelten die Geberländer aufgrund ihrer Projektprioritäten teilweise gegen die Ziele PWA.²⁵ Dies führte dazu, dass auf palästinensischer Seite keine zentrale Stelle in Wasserfragen agiert und der Wildwuchs an Zuständigkeiten und Entscheidungsträgern andauert.

Exkurs: Das Wasser-Abkommen mit Jordanien

Das Friedensabkommen zwischen Israel und Jordanien aus dem Jahr 1994 enthält eine hydrologische Komponente, ermöglichte

²³ Cf. Katz/Fischhendler (2011), 18.

²⁴ Zeitoun (2009), 147.

²⁵ Cf. Zeitoun/Messerschmid (2009), 149.

es doch unter anderem eine Klärung von wassertechnischen Fragen, wie zum Beispiel die Regelung des Zugangs zu den Flüssen Jordan und Jarmuk und der Einspeisung von Oberflächen- und Grundwasser (des Arava-Grundwasserbeckens) in Kanäle. Auf jordanischer Seite handelt es sich hierbei um den East-Ghor Kanal (auch King Abdullah Kanal), auf israelischer um ein Leitungssystem im Jordantal, das nicht an den NWC angeschlossen ist.

Für gewöhnlich wird das Abkommen in der Literatur zu Wasser als Konfliktelement im Nahen Osten als Beispiel für eine kooperative Lösung angeführt, bei der Wasser vielmehr zur Beilegung eines Konfliktes beiträgt, als zur Aufrechterhaltung einer latenten Spannung beizutragen oder gar zu einer Konfrontation zu führen.²⁶ Allen macht dazu jedoch folgende Anmerkung: „The water compromise [sic] took the form it did because contention over international borders, military security and above all peace were higher than water amongst the negotiated priorities for Jordan.“²⁷

Artikel 6 des Abkommens sowie ein ausführlicher Annex II zu diesem Artikel enthalten eine Beschreibung der Punkte, über die Einigkeit erzielt werden konnte. Dabei werden Grundsätze, Verteilung (Allokation), Lagerung, Wasserqualität und die Bildung eines Joint Water Committees festgelegt. Bemerkenswert ist Punkt 3 in Artikel 6, der einen Wassermangel beider Parteien feststellt und davon ausgehend den Ausbau der Förderung als notwendige Maßnahme festlegt.

Der Annex wiederum gibt detailliert Auskünfte über die Zuweisung (Allokation) von Wasserressourcen aus dem Jarmuk und

²⁶ Vgl. Heyden (2006), 9 und Starr (1991): Water Wars.

²⁷ Allan (2010), 219. Meine Hervorhebung.

dem Jordan, mit einer Unterscheidung zwischen den Winter- und Sommermonaten. Ein weiterer bemerkenswerter Punkt findet sich in Artikel 4 (Wadi Araba Grundwasser) des Annexes. Auf jordanischem Territorium (also in der East Ghor genannten Region) befindliche, ehemals israelische Brunnen und Pumpen werden weiterhin ausschließlich von Israel genutzt: „[...] Jordan allows Israel to pump more than 12 MCM/year from 14 wells, drilled into a groundwater reservoir located in the Jordan territory, in the central Arava valley, between the Dead and Red seas [...]“²⁸

3. Eine Wasserbilanz: das Spannungsfeld zwischen Bedarfsdeckung, rechtlichen Ansprüchen und Hegemonieausübung

Der Rahmen des israelisch-palästinensischen Wasserkonfliktes ist bedingt durch regionale Wasserknappheit, eine ausgeprägte Machtasymmetrie zugunsten Israels und eine tendenzielle Übernutzung vorhandener Grundwasservorkommen (Aquifere).

Die Nachfrage der beiden Konfliktparteien nach Wasser ist unterschiedlich hoch und zeichnet sich durch markante sektorale Differenzen aus. Die jeweiligen Anteile landwirtschaftlicher, industrieller und privater Nutzung der Haushalte klaffen weit auseinander. Für die Ausbeutung der Ressource wurden zwar vertragliche und somit im weiteren Sinn rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen. Diese zementieren jedoch primär die Machtasymmetrie zugunsten Israels und stellen keine Grundlage für ein faires, selbstbestimmtes Management des Rohstoffs dar: „[...] a relatively reckless management regime and a highly asymmetrical allocation that risks spoiling the water resource as much as poisoning international relations.“²⁹

²⁸ Black (2012), 5114.

²⁹ Zeitoun/Messerschmid (2009), 147.

Die bestehende Wasserknappheit wird zusätzlich durch die Überausbeutung bestehender Quellen und Grundwasservorräte verstärkt. Bis auf den Eastern Aquifer in der östlichen Westbank befinden sich alle Aquifere am oder über dem Nutzungslimit, da ihnen kaum mehr die niederschlagsbedingt notwendige Zeit zur Auffüllung gewährt wird.³⁰

Hydrologische Fakten: Wasserförderung

Auf palästinensischer Seite gibt es drei Arten von Quellen. Von der PWA werden vier Quellen mit einem Fördervolumen von 3,5 MCM/Jahr betrieben. Hingegen befinden sich 300 Quellen in Privatbesitz, die in Summe den 10-fachen Output generieren. Auch kommunale Quellen fördern Wasser, ohne an eine Infrastruktur angebunden zu sein.

Die Kontrolle von grenzüberschreitenden Quellen durch israelische Institutionen ist viel ausgeprägter.

Das West Bank Water Department (WBWD) betreibt dreizehn Quellen, die es aber nicht besitzt. Rechtlich gesehen fällt das WBWD unter die Autorität der PWA, tatsächlich werden betriebliche Entscheidungen aber von der Israeli Civil Administration (ICA) getroffen. Der israelische Wasseranbieter Mekoroth besitzt und betreibt mehr als 25 Quellen in der West Bank. Diese produzieren rund 44-59 MCM/Jahr, wovon der Großteil an israelische Siedler geht. Mekoroth verkauft das Wasser auch an die PWA, etwa im Ausmaß von 22-36 MCM/Jahr. Schließlich kaufen Palästinenser auch Wasser direkt von israelischen Siedlern, sollten sie ihre eigenen Regenwasservorräte vorzeitig aufgebraucht haben.³¹

³⁰ Op.cit., 152.

³¹ Zeitoun (2008), 51.

Stellt man die Zahlen gegenüber ergibt sich folgendes Bild: 230.000 israelische Siedler in der West Bank konsumieren mehr als ein Viertel des Wassers, das von 2,4 Millionen Palästinensern verbraucht wird. Weiters zeigt sich, dass wiederum rund ein Viertel des Wassers, das von Palästinensern konsumiert wird, aus israelischer Kontrolle bzw. Produktion kommt.³²

Im Vergleich ergibt sich eine israelische Jahresfördermenge von 1.759 MCM, wovon 1.200 MCM (fast 70 %) an die Landwirtschaft gehen. Diese Mengen sind unter anderem aufgrund der die Westbank beinhaltenden Förderregelungen möglich, aber auch, weil die in Oslo festgelegten Grenzwerte zur Förderung regelmäßig überschritten werden.³³

Wassernutzung: Verhältnisse

Der Western Aquifer, der sich teilweise unter der Westbank und teilweise unter israelischem Territorium befindet zeichnet sich durch eine hohe Auffüllrate aus. Die Verteilung des Wassers dieses Aquifers geschieht in einem Verhältnis von 94 % für Israel vs. 6 % an die PA. Dafür gibt es zwei Hauptgründe: Einerseits pumpt Israel Wasser aus dem unterirdisch in westliche Richtung entwässernden Aquifers über tiefe Brunnen auf die israelische Seite der Grenze. Andererseits ist es den Palästinensern seit 1967 nicht erlaubt, neue und vor allem tiefere Brunnen zu graben. Sie arbeiten also mit technisch altem Material und haben keinen Zugriff auf die ergiebigeren, tieferen Schichten des Aquifers.

Auch in der Allokation der Wasserressourcen ist eine starke Asymmetrie zu erkennen. Die Verteilung der grenzüberschrei-

³² Op.cit., 55.

³³ Zeitoun/Messerschmid (2009), 153.

tenden Wasserressourcen fällt mit 6:1 zugunsten Israels aus. Legt man dieses Verhältnis auf den landwirtschaftlichen Sektor um, ergibt sich ein noch deutlicheres Bild. In Israel hat die Landwirtschaft einen Anteil von 1,5 % am BSP, in Palästina liegt dieser bei 20-30 %, gleichzeitig herrscht ein Verhältnis von 9:1 zugunsten Israels bei der Verteilung von Wasser in diesem Sektor.³⁴

Israel verbraucht im Vergleich zur Westbank und Gaza also im Schnitt die fünf- bis sechsfache Menge an Wasser, wobei in der Westbank die Diskrepanz zwischen den israelischen Siedlern und der lokalen palästinensischen Bevölkerung noch um ein vielfaches ausgeprägter ist.

Elemente der Hegemonie

Israel hält die Kontrolle über die grenzüberschreitenden Wasserströme nicht nur durch seine überwältigende militärische Macht (Stichwort *hard power*) aufrecht, sondern vor allem auch indem es den Machtdiskurs in der Region bestimmt. Das Oslo II Abkommen sprach zwar beiden Parteien ein bestimmtes Maß an Legitimität und Verpflichtungen zu. Und auch im internationalen Wasserrecht werden sowohl Israel als auch Palästina als gleichwertige Akteure angesehen. Doch die Realität scheint ein anderes Bild zu zeichnen.

Mit der Ratifizierung des Oslo II Abkommens 1995 kommt es zu einem Übergang von Israels unmittelbarer militärischer Herrschaft über Palästina zu dessen Hegemonie. Beispielsweise wird Israels hegemoniale Vormachtstellung im Wasserkonflikt dadurch deutlich, dass von Seiten der PWA kaum Widerstand ausgeht,

³⁴ Zeitoun (2008), 58.

bzw. sie regelmäßig „auf ihren Platz verwiesen wird“. Zudem nutzt Israel den erweiterten Einsatz von hard power, indem es der palästinensischen Wasserinfrastruktur kontinuierlich Schaden zufügt.³⁵ Ein Mix aus technischen, rechtlichen und physischen Elemente erhärtet die israelische Vormachtstellung, so auch in Sachen Wasser. Auch die oftmals von USAID und der Israel Water Commission (IWC) gepriesene Kooperation mit den palästinensischen Behörden kann kaum als solche bezeichnet werden, da die „gemeinsame“ Grundlage stets von der israelischen Seite vorgegeben wird.

Das strukturelle Grundproblem der politischen Vertretung der Palästinenser bleibt auch vor dem Hintergrund sowohl des JWC, als auch der diversen internationalen rechtlichen Regelungen und Standards bestehen. Nämlich einerseits die mangelnde Rechts- hoheit über die eigenen, territorialen Wasserressourcen aufgrund der nicht existierenden Staatlichkeit, sowie andererseits die fehlende Berücksichtigung palästinensischer Ansprüche durch die Besatzungsmacht.

EXKURS: Extremfall Gaza-Streifen

Aus israelischer Perspektive befindet sich der Gazastreifen *downstream* des Küsten-Aquifers. Als solches besitzt das Gebiet an der Grenze zu Ägypten, im markanten Gegensatz zur Westbank, keine hydropolitische Bedeutung für Israel und die zwei Seitenarme des NWC in den Gazastreifen wurden seit dem Abzug der Siedler und Tsahals im Jahr 2005 stillgelegt. Allerdings kann ein massives Abpumpen durch Brunnen in näherer Umgebung des Gaza-Streifens (nördlich und nordöstlich) beobachtet werden³⁶,

³⁵ Cf. Maan News Agency (13.07.2001): Soldiers destroy wells, water pumps in the Jordan valley.

³⁶ Cf. Karte in: Water for Life – Water, Sanitation and Hygiene. Monitoring Pro-

wodurch Quantität und Qualität der Grundwasservorkommen im Küstenaquifer unter Gaza zusätzlich reduziert werden. Dies kann durchaus auch als Ausdruck der israelischen Wasserhegemonie gewertet werden.

Da die Wasserversorgung Gazas jedoch primär durch Abpumpen aus diesem Aquifer bewerkstelligt wird, werden die unterirdischen Wasservorräte aufgrund der Bevölkerungsdichte einem enormen Druck ausgesetzt. Laut dem Sekretariat der Union für das Mittelmeer (UfM) wird der Aquifer um das Dreifache seiner durchschnittlichen Jahreskapazität überausgeschöpft.³⁷ Auch die Meerwasserentsalzung (wie zum Beispiel durch Projekte, die von der österreichischen EZA gefördert wurden) kann hier nur partiell Abhilfe schaffen, da es sich vielmehr um ein strukturelles Problem handelt.

Durch die Übernutzung des Grundwasservorkommens entstehen zwei Probleme: Es muss immer tiefer gebohrt werden, um an trinkbare Wasservorräte zu gelangen. Dies bringt technische und finanzielle Probleme mit sich. Außerdem steigt die Gefahr der Verunreinigung mit Meereswasser. Aufgrund des schlechten Abwassermanagements nimmt auch die Gefahr der Verunreinigung der oberen Schichten des Grundwassers zu. Denn große Mengen der Abwässer aus Gaza werden entweder ungeklärt direkt ins Meer geleitet oder gelangen durch Absickern in den Boden. Laut Weltbank³⁸ besitzen nur noch 5-10 % des Aquifers Trinkwasserqualität und ein Kollaps des Grundwasservorkommens ist nur noch eine Frage der Zeit.

gram (2008), 32.

³⁷ „Desalination Facility for the Gaza Strip“, Union für das Mittelmeer (<http://www.ufmsecretariat.org/wp-content/uploads/2013/01/Gaza-Project-Fact-Sheet-Jan-2013.pdf>).

³⁸ Op.cit.

Literatur:

- Allen, J.A.: The Middle East Water Question: Hydropolitics and the Global Economy, London 2010
- Black, Emily: Water and society in Jordan and Israel today: an introductory overview, in: Philosophical Transactions 368 (2010), S. 5111-5116
- Feitelson, Eran/Fischhendler, Itay: Spaces of Water Governance: The Case of Israel and Its Neighbors, in: Annals of the Association of American Geographers 2009 (99:4), S. 728-745
- Fröhlich, Christiane: Zur Rolle der Ressource Wasser in Konflikten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25 (2006), S. 32-36
- Fröhlich, Christiane: Der israelisch-palästinensische Wasserkonflikt – Diskursanalytische Betrachtungen, Wiesbaden 2010
- Gvartzman, Haim: The Israeli-Palestinian Water Conflict – an Israeli Perspective. BESA Center for Strategic Studies, Mideast Security and Policy Studies 94 (2013)
- Haddadin, Munther: Water in the Middle East Peace Process, in: The Geographical Journal 168 (2002), S. 324-340
- Heyden, Florian: On water, statehood and interdependence – Is water an obstacle to peace between Israelis and Palestinians? Grin Verlag, 2006.
- Katz, David/Fischhendler, Itay: Spatial and temporal dynamics of linkage strategies in Arab-Israeli water negotiations, in: Political Geography 30 (2011), S.13-24
- Libiszewski, Stephan: Integrating High and Low Politics: Lessons from the Israeli-Jordanian Water Regime, in: Water International 22 (1997), S.6-15
- Sanders, Ralph: Water desalting and the Middle East peace process, in: Technology in Society 31 (2009), pp-94-99
- Starr, Joyce R.: Water Wars, in: Foreign Policy 82 (1991), pp.17-36
- Zeitoun, Mark: Power and Water in the Middle East: the Hidden Politics of the Palestinian-Israeli Water Conflict, London 2008

Zeitoun, Mark/Messerschmid, Clemens/Attali, Shaddad: Asymmetric Abstraction and Allocation: The Israeli-Palestinian Water Pumping Record, in: *Ground Water* 47 (2009), pp. 146-160

Anhang: Oberflächen- und Grundwasser in Israel, den palästinensischen Gebieten und angrenzenden Nachbarländern



Quelle: Passia (Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs)

Thomas Pankratz

Umkämpfte Ressourcen: Es geht nicht immer nur um Wasser und Öl

Beitrag für Tagungsband Forum Ethik zum Thema WASSER – Lebensquell, knappes Gut und Kriegsgrund am 16. Juni 2011/ LVAk

Einleitung¹

Betrachtet man sowohl wissenschaftliche Beiträge und Analysen als auch politische und wirtschaftliche Debatten sowie die Medienberichterstattung, zeigt sich, dass die Diskussion um Ressourcen auf einige wenige Ressourcen konzentriert ist. So stehen nach wie vor Erdöl bzw. Erdgas sowie Wasser im Mittelpunkt. Zur gleichen Zeit wird oftmals auch eine enge Konnotation zwischen Ressourcen und (gewaltsam ausgetragenen) Konflikten hergestellt; dies unter dem Schlagwort „Ressourcenkonflikt“. Hierdurch werden wichtige Aspekte übersehen, wie z.B. die grundsätzliche Frage, was eine Ressource überhaupt ist, welche Ressourcen es neben den oben genannten gibt, worin das Konfliktpotential einer Ressource zu sehen ist und letztlich auch die Frage nach der Rolle des Menschen in der gesamten Ressourcethematik.

Im folgenden Beitrag soll diesen Fragen nachgegangen werden, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf der Rolle des Menschen liegt. Ziel ist nicht, abschließende Antworten zu finden, sondern den Blickwinkel in dem Sinn zu öffnen, dass es bei der Ressourcendiskussion eben „*nicht nur um Wasser und Erdöl*“ geht.

¹ Der vorliegende Beitrag ist die gekürzte und adaptierte Fassung des Vortrages „Umkämpfte Ressourcen: Es geht nicht nur um Wasser und Erdöl!“, den der Verfasser beim Forum Ethik „WASSER – Lebensquell, knappes Gut und Kriegsgrund“ am 16. Juni 2011 an der Landesverteidigungsakademie hielt.

Zur Definitionsproblematik

Eine der grundsätzlichen Überlegungen ist, um was es sich beim Untersuchungsgegenstand überhaupt handelt, d.h. wie Ressource definiert werden könnte. Hier fällt zunächst auf, dass kaum Definitionen zu diesem an sich zentralen Begriff zu finden sind. Dies trifft insbesondere auf den sozialwissenschaftlichen Bereich zu. Da die Ressourcenthematik sich zu einem Schlüsselthema der Sicherheitspolitik entwickelt, ist es noch bemerkenswerter, dass auch in einschlägigen Lexika zur Sicherheitspolitik, dieser Begriff zumeist überhaupt nicht zu finden ist.² Betrachtet man weiters verschiedene sicherheitspolitisch relevante internationale und nationale Dokumente, wird in den meisten zwar auf die Ressourcenthematik eingegangen, was unter Ressource zu verstehen ist, wird jedoch gewissermaßen vorausgesetzt (z.B. „Ressourcen“, „Naturschätze“, „Rohstoffe“), wird entweder eingeschränkt gesehen (Erdöl, Erdgas, Wasser, Energie) oder ist zum Teil einer gewissen Beliebigkeit³ unterworfen. Einige Beispiele sollen dies illustrieren.

So finden sich beispielsweise in der ESS u.a. folgende Aussagen im Zusammenhang mit der Ressourcenthematik: *„Der Wettstreit um Naturressourcen – insbesondere um Wasser –, der sich durch die globale Erwärmung in den nächsten Jahrzehnten noch steigern wird, dürfte in verschiedenen Regionen der Welt für weitere Turbulenzen und Migrationsbewegungen sorgen. Die Energieabhängigkeit gibt Europa in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis.“*⁴ Und

² So z.B. Gärtner Heinz: Internationale Sicherheit. Definitionen von A-Z, Baden-Baden 2005; Meier Ernst-Christoph/Roßmanith Richard/Schäfer Heinz-Uwe, Wörterbuch zur Sicherheitspolitik, Berlin 2003.

³ So finden sich oftmals unterschiedliche Dimensionen von Ressourcen, z.B. natürlich vorkommende Ressourcen (Wasser, Rohstoffe), Energie oder Handelsrouten.

⁴ Europäische Sicherheitsstrategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt,

weiter: „Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteur der Welt...“⁵

Im Bericht über die Umsetzung der ESS finden sich folgende Bezüge auf die Ressourcenthematik: „Sicherheit der Energieversorgung: Die Sorgen um die Energieversorgung sind in den vergangenen fünf Jahren gestiegen.“⁶ Ein weiterer Bezug wird mit dem Klimawandel hergestellt: „Naturkatastrophen, Umweltschäden und der Wettlauf um Ressourcen verschärfen Konflikte, insbesondere da, wo Armut und Bevölkerungswachstum hinzukommen. Der Klimawandel kann auch Streitigkeiten über Handelsrouten, Meeresgebiete und vormals unerreichte Ressourcen auslösen.“⁷ Und hinsichtlich des Zusammenhangs Sicherheit und Entwicklung wird festgestellt: „Oft ist die eigentliche Konfliktursache in der rücksichtslosen Ausbeutung der Naturschätze zu suchen. Wasser und Rohstoffe rufen in zunehmenden Maße Spannungen hervor, die multilaterale Lösungen erfordern.“⁸

Im Entwurf zur Österreichischen Sicherheitsstrategie wird auf das Thema Ressource an zwei Stellen eingegangen. Zum einen im Abschnitt „Die österreichische Sicherheitslage“, wo zu den neuen Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen, von denen die EU und Österreich betroffen sein können, u.a. gerechnet werden: „...Knappheit von Ressourcen (Energie, Nahrungsmittel, Wasser)...“.⁹

Brüssel, Dezember 2003; S. 5.

⁵ Europäische Sicherheitsstrategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel, Dezember 2003; S. 5.

⁶ Bericht über die Umsetzung der ESS „Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel“, Brüssel 2008; S. 5.

⁷ Bericht über die Umsetzung der ESS „Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel“, Brüssel 2008; S. 5.

⁸ Bericht über die Umsetzung der ESS „Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel“, Brüssel 2008; S. 8.

⁹ Österreichische Sicherheitsstrategie, März 2011; S. 4.

Zum anderen wird die Sicherstellung „lebensnotwendiger Ressourcen“ als ein politisch-strategisches Ziel Österreichs formuliert.¹⁰

Betrachtet man nun verschiedene Definitionen zu Ressource aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich, so zeigt sich eine große Spannweite wie folgende ausgewählte Beispiele demonstrieren: Schubert und Klein definieren „Ressource“ wie folgt: *„Politisch-ökonomischer Begriff für die (materiellen, finanziellen und personellen) Mittel, die eingesetzt werden können (oder müssen), um gesetzte (politische etc.) Ziele zu erreichen.“*¹¹ Als Ressource wird in dieser Definition also etwas gesehen, mit dem Ziele zu erreichen sind. Auffallend ist, dass sich sowohl Ziele als auch Mittel auf den politisch-ökonomischen und nicht etwa auf den gesellschaftlichen oder sozialen Bereich beziehen. In einem der Klassiker der Lexika der Politikwissenschaft, Nohlens Lexikon der Politik, findet sich folgende Definition zu Ressource: *„1. Gesamtheit aller Faktoren, die der ökonomischen Entwicklung eines Gemeinwesens zugute kommen, insbes. Bodenschätze, aber auch Kapital, Arbeitskräftereservoir oder allg. Bildungsniveau; 2. In der Rohstoffwirtschaft das Ausgangsmaterial für die industrielle Produktion, also unbearbeitete Grundstoffe; 3. Produkte, die bereits das erste Bearbeitungsstadium durchlaufen haben“.*¹² Da sich die Abschnitte 2 und 3 vor allem auf die industrielle Produktion beziehen, ist aus sozialwissenschaftlicher Perspektive vor allem Abschnitt 1 von Bedeutung. Hierin wird Ressource auf der einen Seite zwar durchaus weit definiert („Gesamtheit aller Faktoren“) und ist auch deswegen bemerkenswert, da der Faktor Mensch („Arbeitskräftereservoir“, „Bildungsniveau“)

¹⁰ Österreichische Sicherheitsstrategie, März 2011; S. 6.

¹¹ Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon, Bonn 2006; unter: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=PR4YJI (12.04.2010).

¹² Nohlen Dieter (Hg.): Lexikon der Politik, Bd. 7: Politische Begriffe; München 1998; S. 561-562.

mit einbezogen wird. Auf der anderen Seite engt sich der Begriff jedoch auch selbst ein, indem er besonderen Bezug („insbesondere“) auf vier ausgewählte Faktoren nimmt, die auf jeden Fall zu ergänzen wären.¹³ Herauszustreichen ist letztlich auch, dass sich, wie auch in anderen Definitionsansätzen, eine Zielformulierung findet, diese aber auf „ökonomische Entwicklung eines Gemeinwesens“ bezieht, wodurch die Definition eine weitere Einschränkung erfährt. Offen bleibt auch, wie die Ressourcen zur Zielerreichung eingesetzt werden sollen. Müller hingegen definiert als Ressource „...in der Natur vorkommende Güter und Potentiale..., die durch ökonomisches Agieren verbraucht oder in ihrer Qualität verändert werden“.¹⁴ Auch diese Definition ist beim ersten Blick weit gefasst, bei näherer Analyse ergeben sich jedoch eine Reihe von Fragen, die die Zweckmäßigkeit der Definition als allgemeine Definition doch sehr einschränken.¹⁵ Auffallend ist auf jeden Fall, dass Müller nicht erwähnt, wozu die Güter oder Potentiale verbraucht bzw. in ihrer Qualität verändert werden; er lässt also die Zielformulierung offen.

Zusammenfassend lässt sich zunächst feststellen, dass als ein kleinster gemeinsamer Nenner zumindest von zwei der genannten sozialwissenschaftlichen Definitionen, Ressource als ein Mittel zum Erreichen eines Ziels verstanden wird. Um welche Mittel es sich hierbei handelt, wie diese eingesetzt, gebraucht oder verbraucht werden sollen oder welches Ziel erreicht werden soll, ist

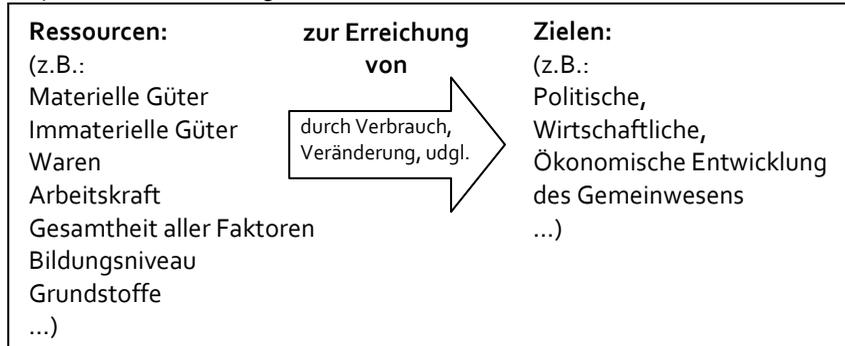
¹³ So sind in dieser Definition nicht inkludiert u.a. Boden/Land, Nutztiere oder die Umwelt allgemein.

¹⁴ Müller Friedemann: Energieressourcen und klimatische Faktoren als sicherheitspolitische Herausforderungen, in Dengg Anton/Feichtinger Walter (Hg.), Kein Feind in Sicht. Konfliktbilder und Bedrohungen der Zukunft, Wien/Köln/Weimar; S. 165-180, S. 165.

¹⁵ So zum Beispiel, was sind „Potentiale“, warum beschränkt sich die Definition auf „ökonomisches Agieren“? Ist die Ressource Mensch in dieser Definition enthalten oder nicht?

hingegen unterschiedlich. Grundsätzlich kann aber abgeleitet werden, dass das Ziel die Wahl der Ressource definiert.

Graphik 1: Zusammenhang Ziel und Ressource



Quelle: Thomas Pankratz

Zum Charakteristikum einer Ressource

Dem Ansatz, dass eine Ressource etwas ist, mit der etwas erreicht werden soll, folgt nun die Frage, wie das Objekt „Ressource“ an sich charakterisiert werden kann. Hier bieten sich zwei Ansätze an. Zunächst der eher naturwissenschaftlich-technisch orientierte Ansatz (enge Definition), der sich vorwiegend an den physikalischen und chemischen Eigenschaften einer Ressource orientiert. Diese Eigenschaften sind der Ressource eigen, machen die Substanz der Ressource aus, unabhängig davon, ob sie als Ressource betrachtet, verbraucht oder gebraucht wird.

Ein weitergehender Ansatz leitet sich aus der Frage des Ziels der Ressource ab, d.h. was soll mit der Ressource erreicht werden (weitere Definition). Dass dies in engem Zusammenhang mit dem obigen Ansatz steht, bedarf keiner weiteren Erklärung. Es zeigt sich aber, dass es durch diese Frage nach dem „Wozu“ zu einer Ausdifferenzierung der Ressource kommt. Während

beispielsweise im engeren Ansatz Wasser in seinen physikalisch-chemischen Eigenschaften beschrieben wird, differenziert sich Wasser im weiteren Ansatz u.a. in Trinkwasser, Wasser für die Hygiene, Wasser für die Landwirtschaft, Wasser für die Industrie, Abfallwasser oder hinsichtlich des Ursprungs (Bodenwasser, Niederschlag, Meer usw.) aus.

Aus dieser Ausdifferenzierung ergeben sich nunmehr selbstverständlich ein unterschiedlicher Bedarf und somit auch ein unterschiedliches Interesse, über eine bestimmte Ressource bzw. bestimmte Formen hiervon zu verfügen. Die wesentlichste Ableitung, die hier also zu treffen ist, ist jene, dass aus der kontextabhängigen Kombination von Ziel, Bedarf und Interesse, aus Mitteln, Gütern oder anderen Faktoren, Ressourcen gemacht werden. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass diese Interaktion immer in einem räumlichen, zeitlichen bzw. gesellschaftlichen Kontext zu sehen ist, wodurch sich der Bedarf und das Interesse an einer Ressource ändern kann.¹⁶

Welche Ressourcen gibt es nun?

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, dass im Grunde Alles zur Ressource gemacht werden kann, von Abfall bis Zink. Versucht man eine grobe Typologisierung hinsichtlich des Zwecks der Ressourcen für den Menschen, so lassen sich drei Kategorien feststellen: Energie im weitesten Sinn, Nahrung sowie Soziales. Während die zwei ersten Kategorien primär – folgt man als Ansatz der Maslowschen Bedürfnishierarchie – der Deckung von Defizitbedürfnissen dienen, sind diejenigen der Kategorie „Soziales“ den

¹⁶ So kann z.B. zwar ein Rohstoff bekannt sein, aber dessen Bedeutung wird (noch) nicht erkannt. Oder die Bedeutung einer Ressource ändert sich auf Grund demographischer oder klimatischer Bedingungen.

Wachstumsbedürfnissen zuzuordnen.¹⁷ Alle drei Kategorien hängen selbstverständlich aufs Engste zusammen und die meisten Ressourcen können auch mehreren Kategorien zugeordnet werden; dies unterstreicht die vorhin erwähnte Ausdifferenzierung der Ressourcen hinsichtlich ihrer Verwendung.

Übersicht 1: Typologie von Ressourcen (Beispiele)

Kategorie von Ressourcen	Beispiele
Energie	Erdöl, Erdgas, Holz, Uran, Wasser, Wind, Mineralien, Sonne...
Nahrung	Boden, Getreide, Obst, Gemüse, Nutztiere, Wasser...
Soziales	Boden als Besitz, Wissen, Geld, Arbeitskraft, Identität...

Quelle: Thomas Pankratz

Zusammenfassend lässt sich somit feststellen, dass eine Ressource grundsätzlich als Mittel zur Erreichung eines Ziels definiert werden kann, dass aber der Begriff Ressource selbst sehr unterschiedlich verwendet bzw. wahrgenommen wird. Die Bedeutung ergibt sich somit aus dem Kontext, indem er verwendet wird.

Konflikt und Ressource

Das Thema Ressource wird, wie einleitend erwähnt, oft eng in Zusammenhang mit Konflikt gebracht. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive kann als Konflikt eine Beziehung zwischen zwei oder mehr von einander abhängigen Parteien bezeichnet werden, wobei mindestens eine der Parteien sich in der Verfolgung ihrer Wünsche, Bedürfnisse und Interessen durch eine oder mehrere

¹⁷ Kategorie 1 und 2 sind auch für Tier- und Pflanzenwelt, wenn auch eingeschränkt, vor allem im Energiesektor, gültig.

andere Parteien eingeschränkt oder behindert fühlt.¹⁸ Hieraus ergibt sich auch, dass Konflikte im Grunde unvermeidliche aber auch notwendige Begleiterscheinung des gesellschaftlichen Lebens sind. Aus Konflikten können Krisen bzw. in weiterer Folge Kriege entstehen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass alle Konflikte notwendigerweise in eine Krise oder eine Spirale der Gewalt führen.

In Bezug auf Ressource ergibt sich dieses Spannungsfeld aus dem erwähnten Kontext Ziel-Bedarf-Interesse. Hieraus ist nun abzuleiten, dass sich das Konfliktpotential einer Ressource aus der Relation des Interesses an dieser Ressource zu verschiedenen anderen Faktoren ergibt. Der Kontext Ziel-Bedarf-Interesse ist somit als unabhängige, das Konfliktpotential als abhängige und verschiedenste Faktoren als intervenierende Variablen zu sehen. Als solche Faktoren sind u.a. zu nennen:

- Vorhandene Menge der Ressource:
Herrscht ein Mangel oder ein Überfluss vor?
- Räumliche Dimension:
Zum einen Verteilung der Ressource: Gibt z.B. es einen globalen, regionalen, lokalen Mangel an einer Ressource, gibt es Konzentrationen einer Ressource?
Zum anderen, welche Rolle kommt der Ressource im Ursprungs-, Transit- oder im Verbraucherraum zu?
- Besitzverteilung:
Z.B. wer verfügt über die Ressource, wer kontrolliert die Ressource (u.a. auch in Hinblick Staaten oder Unternehmen?), gibt es Monopolstellungen?

¹⁸ Zur Definition von Konflikt siehe beispielsweise: Bundeszentrale für Politische Bildung, Konflikt“, unter: http://www.bpb.de/themen/V24LGM,0,Was_ist_ein_Konflikt.html (13. 10. 2011).

- Transport-, Lager- und Verarbeitungsaspekte:
Diese hängen eng mit der räumlichen Verteilung und Qualität der Ressource zusammen; d.h. ist die Ressource transportierbar, bedingt transportierbar oder nicht? Oder auch, muss die Ressource, um genutzt werden zu können, weiterbearbeitet werden? Wer verfügt über die Mittel, die Ressource zu explorieren bzw. zu verarbeiten?
- Handelt es sich um erneuerbare (z.B. nachwachsende) oder nicht erneuerbare (z.B. Mineralien) Ressourcen?
- Sind die Ressourcen durch andere substituierbar oder nicht (z.B. Wasser)? Ist die Ressource recyclebar?
- Zeitlicher Aspekt:
Besteht beispielsweise immer Überfluss oder Mangel? Ist die Ressource nur zu bestimmten Zeitpunkten verfügbar?
- Welche Bedeutung wird der Ressource von wem zugemessen? Ist sie vom objektiven Standpunkt aus betrachtet, für das Überleben des Menschen notwendig (z.B. Wasser, Luft)? Wird sie als kritisch für die wirtschaftliche Prosperität des Staates oder Unternehmens gesehen?

Diese Faktoren treten selbstverständlich zumeist in Kombinationen auf. So stehen zum Beispiel räumliche Verteilung und Transportaspekte in engem Zusammenhang. Auch sind diese Kombinationen nicht als statische Konstrukte zu verstehen, sondern unterliegen permanenten Veränderungen.

Grundsätzlich ist somit festzustellen, dass es *den* Ressourcenkonflikt an sich nicht gibt. Dennoch können gewisse Gemeinsamkeiten von Ressourcenkonflikten ausgemacht werden. Diese ergeben sich zunächst aus dem oben erwähnten Konfliktpotential einer Ressource, wobei sich die genannten Faktoren primär auf

die Frage der Verfügbarkeit im weiteren Sinne bzw. auch auf Fragen der Abhängigkeiten (Interdependenzen)¹⁹ reduzieren lassen. Weiteres zeigt sich, dass gerade bei Konflikten um Ressourcen oder Konflikten, bei denen Ressourcen eine wichtige Rolle spielen, eine Vielzahl von sowohl staatlichen als auch nichtstaatlichen Akteuren auf unterschiedlichsten Ebenen involviert ist. Verfügbarkeit, Abhängigkeiten und Akteure sind auch die zentralen Analyseebenen, nach denen sich Ressourcenkonflikte in idealtypischer Weise unterscheiden lassen.

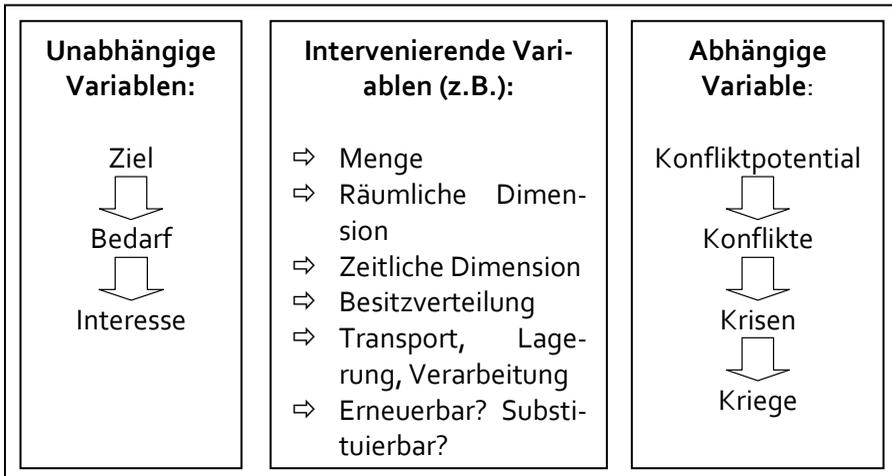
Hinsichtlich der Verfügbarkeit ist zu unterscheiden zwischen „Ressourcenfluch-Konflikten“ und Konflikten, bei denen eine lokale Ressourcenknappheit vorliegt.²⁰ Bei ersterer Form sind die betreffenden Ressourcen auf globaler Ebene knapp, auf regionaler bzw. lokaler Ebene aber reichlich bzw. in konzentrierter Form vorhanden. Beispiele hierfür sind Erdöl und Erdgas sowie bestimmte Mineralien (wie etwa seltene Erden, Lithium, Diamanten, Coltan, Kupfer, Uran, Zink, Gold). Diese Konzentration findet sich oftmals in instabilen Regionen, wie dem Mittleren Osten oder dem afrikanischen Kontinent und ist häufig die Ursache eines

¹⁹ In Bezug auf Ressourcen wird oftmals implizit eine einseitige Abhängigkeit sowohl von bestimmten Ressourcen als auch von Staaten bzw. Unternehmen, die über diese verfügen, angenommen. Eine solche Dependenz, d.h. eine einseitige Abhängigkeit ohne Rückwirkung oder Gegenseitigkeit, ist in der Realität jedoch kaum gegeben. Zumeist handelt es sich um Interdependenzen, auch wenn diese asymmetrisch ausgestaltet sind. Dies kann grundsätzlich als gegenseitige (symmetrische oder asymmetrische) Abhängigkeit bzw. Interaktionen mit (gewollten oder ungewollten) Rückwirkungen verstanden werden und ergibt sich beispielsweise schon auf Grund der Tatsache von Angebot und Nachfrage.

²⁰ Siehe hierzu u.a. Möckli Daniel (Hg.): Umwelt- und Ressourcenkonflikte: Relevanz und Lösungsansätze, Zürich 2007 (CSS Analyse zur Sicherheitspolitik Nr. 24). Ausführlich und sehr kritisch zum Thema Ressourcenfluch-Konflikte siehe Collier Paul: Die unterste Milliarde. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann, Bonn 2008; S. 33-77.

raschen (z. B. Diamanten) oder massiven (z. B. Erdöl) und unregulierten Zustroms von Kapital, wodurch Konflikte verursacht, verlängert oder intensiviert werden können.

Graphik 2: Variablen in Bezug auf das Konfliktpotential einer Ressource



Quelle: Thomas Pankratz

Konflikte im Zusammenhang mit lokaler Ressourcenknappheit hängen hingegen in der Regel weniger mit der globalen Kommerzialisierung des Rohstoffs als vielmehr mit dem Zugang, der Produktion und dem Verbrauch auf der lokalen Ebene zusammen. Sie haben zumeist keine direkte Auswirkung auf die Rohstoffsicherheit industrialisierter Staaten, sondern stellen vorwiegend ein Sicherheitsproblem bezüglich der lokalen und regionalen Stabilität mit indirekten globalen Nachwirkungen dar. Beispiele für die Knappheit von Ressourcen auf lokaler und regionaler Ebene sind Wasser oder in zunehmendem Ausmaß auch nutzbarer Boden. Die Ursachen für diese Knappheit sind unterschiedlichster Art und reichen von geographisch-klimatischen über strukturell-politische bis hin zu sozio-kulturellen Faktoren bzw. einer Kombination hiervon.

Auf Akteursebene lassen sich unterschiedliche Konfliktformationen ausmachen, die sich unter anderem in folgenden Spannungsverhältnissen widerspiegeln können:²¹

- „Neue – alte Verbraucher“: Z.B. steigende Nachfrage der Schwellenländer nach Erdöl bei zumindest gleich bleibender Nachfrage der OECD-Staaten bei gleichzeitiger Inflexibilität der Handels- und Transportstrukturen.²²
- „Wettbewerb – Monopol“: Z.B. Entstehung von Abhängigkeiten von bestimmten Regionen oder Staaten, überproportionales (politisches) Gewicht verschiedener Akteure durch Monopolstellung auf Ressourcenmarkt.
- „Verursacher – Opfer“: Z.B. Hauptverursacher des Klimawandels sind nicht ident mit den Opfern, die zudem über weniger Optionen verfügen, sich diesem anzupassen.
- „nichtstaatliche – staatliche Akteure“: Z.B. Staaten als nachfragende Seite, nichtstaatlich legitimierte Akteure, wie etwa Warlords, kontrollieren Ressourcen.

Der Mensch als Bedarfsträger und Ressource

Welche Rolle spielt nun der Mensch im Gesamtkomplex Ressource? Grundsätzlich eine zweifache. Erstens, als Bedarfsträger.

²¹ Siehe exemplarisch hierzu Müller Friedemann: Energieressourcen und klimatische Faktoren als sicherheitspolitische Herausforderungen, in Dengg Anton/Feichtinger Walter (Hg.), Kein Feind in Sicht. Konfliktbilder und Bedrohungen der Zukunft, Wien/Köln/Weimar; S. 165-180.

²² Wolfgang Kromp brachte im Zuge des Symposiums „Ressource & Sicherheit – Ressourcen und ihre sicherheitspolitischen Implikationen an Beispielen“ am 19. Oktober 2009 folgendes Beispiel: Würde der Durchschnitts-Chinese soviel Öl verwenden wie der Durchschnitts-Amerikaner, würde China im Jahr 2030 99 Millionen Barrel Öl pro Tag brauchen. Derzeit werden weltweit 79 Millionen Barrel pro Tag gefördert.

Diese Rolle wird wohl jeder dem Menschen und auch sich selbst an erster Stelle zuordnen. Der Mensch verfolgt, wie erwähnt, unterschiedlichste Ziele, für deren Erreichung er Ressourcen bedarf und daher auch ein Interesse an ihnen hat. Als Orientierung für diese Ziele können beispielsweise die Stufen der Maslowschen Bedürfnispyramide (Grundbedürfnisse, Sicherheit, Soziale Bedürfnisse, Individuelle Bedürfnisse, Kollektive/Kulturbedürfnisse) herangezogen werden.²³ Da der Mensch nicht in Isolation existiert, sondern als Gemeinschaftswesen, ergibt sich, dass durch den Interessensanspruch zur Deckung der eigenen Bedürfnisse Spannungen, d.h. also Konflikte entstehen.

Es gibt verschiedenste Messgrößen, wie viel der Mensch bzw. die Menschheit an bestimmten Ressourcen ge- bzw. verbraucht, d.h. konsumiert.²⁴ Eine bemerkenswerte Messgröße ist diejenige des „Ökologischen Fußabdrucks“.²⁵ Dieser drückt die biologisch produktive Land- und Wasserfläche aus, die erforderlich ist, um die vom Menschen genutzten erneuerbaren Ressourcen bereitzustellen und berücksichtigt dabei den Raum, der für Infrastruktur und Vegetation erforderlich ist, um das ausgestoßene CO₂ zu absorbieren. Oder um es verkürzt auszudrücken: Er ist der Maßstab der

²³ Die unteren Stufen in der Pyramide stellen so genannte Defizitbedürfnisse dar. D.h. diese Bedürfnisse müssen zwar unbedingt erfüllt sein, um nicht als substantieller Mangel wahrgenommen zu werden, andererseits führt ihre Erfüllung zu keiner quantitativ weiteren Nachfrage. Auf unterster Ebene werden die Defizitbedürfnisse in der Maslowschen Bedürfnispyramide durch physiologische Funktionen des Körpers begrenzt. Im Gegensatz zu den Defizitbedürfnissen sind Wachstumsbedürfnisse nicht physiologisch begrenzt. Soziale Anerkennung kann theoretisch ad infinitum gesteigert werden, ebenso wie das Bedürfnis nach materiellem Reichtum oder Selbstverwirklichung.

²⁴ Zum Beispiel durchschnittlicher Wasserverbrauch, Verzehr an bestimmten Lebensmittel, Bedarf an Energie.

²⁵ Siehe zu folgenden Ausführungen vor allem: WWF, Living Planet Report 2010, unter: <http://www.wwf.at/de/livingplanetreport2010/> (14. Juni. 2011).

Biokapazität, d.h. des jährlichen Konsums natürlicher Ressourcen durch die Menschheit inklusive der Absorptionsfähigkeit von CO₂ durch die Natur. Gemäß Living Planet Report 2010 überstieg im Jahr 2007 der ökologische Fußabdruck die Biokapazität der Erde um 50 %, d. h. es würde also 1,5 Jahre benötigen, um die vom Menschen 2007 verbrauchten Ressourcen wieder zu regenerieren. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Menschheit lebt hinsichtlich des Verbrauchs an natürlichen Ressourcen auf 1,5 Erden. Folgt man dem WWF, so ergibt sich ein düsteres, aber durchaus realistisches Szenario: Würde die Menschheit so weiterleben wie bisher, würde sie 2030 bereits zwei Erden benötigen; dies vor allem um den CO₂-Ausstoß bewerkstelligen zu können. Allerdings braucht nicht jeder Mensch gleich viel. Untersucht man den ökologischen Fußabdruck auf Ebene der einzelnen Personen, so ergibt sich, dass, wenn jeder Mensch auf der Erde so leben würde wie der Durchschnittsbürger in den USA oder den Vereinigten Arabischen Emiraten, die Menschheit 4,5 Erden oder folgt man dem Verbrauch der Österreicher, 3 Erden benötigen würde. Würde die Menschheit hingegen so leben, wie der Durchschnittsinder, so hätte die Menschheit sogar noch Reserven, denn dann würde sie nur 0,5 Erden pro Jahr brauchen.²⁶

Diese Rolle als Konsument kann auch unter einem weiteren Aspekt gesehen werden. Der Mensch konsumiert nicht nur legale Ressourcen, sondern auch illegale Ressourcen. An oberster Stelle hierbei ist selbstverständlich an illegale Drogen zu denken. Die grundsätzliche, und wohl wichtigste Frage hierbei ist selbstverständlich, warum Menschen zu Drogen bzw. mit diesen in

²⁶ Diese massive Ungleichheit ergibt sich zurzeit vor allem aus dem ungleichen CO₂-Ausstoß. Während in den großen Industrienationen pro Bewohner/Jahr ca. 13 Tonnen CO₂ ausgestoßen werden, sind es in den Entwicklungsländern knapp 0,9 Tonnen pro Bewohner/Jahr.

Kontakt kommen. Dennoch ist diese Frage im Zusammenhang mit dem Thema des vorliegenden Beitrages nur von indirekter Relevanz. Entscheidend ist vielmehr, dass Menschen als Abnehmer, Konsumenten von Drogen zu sehen sind. Und diesbezügliche Zahlen sind bedenklich. UNODP schätzt, dass es weltweit ca. 250 Millionen Drogenabhängige geben dürfte.²⁷ Für Europa wird von Europol die Zahl mit 1,2 bis 1,5 Millionen Abhängigen angegeben.²⁸ Die Auswirkungen auf die Gesellschaften sind sowohl direkter (z.B. Schädigung der Gesundheit der Abhängigen, Beschaffungskriminalität) als auch indirekter (Kosten für das Gesundheitswesen) Natur. Direkte und indirekte Auswirkungen, deren Ausmaße überhaupt nicht abschätzbar sind, können weiteres durch die Verbreitung synthetischer Drogen (z.B. Psychopharmaka) oder die illegale Verbreitung von Pharmaka oder gefälschten Produkten (primär über das Internet) entstehen.²⁹

Der Mensch erfüllt im Ressourcenkomplex neben der Rolle als Bedarfsträger noch eine zweite, nämlich diejenige als Ressource selbst. Es ist dies ein Faktum, welches auf den ersten Blick nicht so selbstverständlich scheint, auch da man eher wenig

²⁷ United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), The Globalization of Crime. A Transnational Organized Crime Threat Assessment (Vienna 2010), S. 35.

²⁸ Europol, OCTA 2011, The Haque; S. 34.

²⁹ So gibt es Berechnungen, wonach jeden Tag ca. 2.000 Menschen sterben, weil sie zumeist unwissentlich gefälschte Medikamente zu sich nehmen. Die meisten Opfer sind in Afrika zu beklagen. Die Gefährlichkeit dieser nachgemachten Medikamente resultiert daher, dass sie oft keine, zu wenige oder sogar toxische Wirkstoffe enthalten. Ca. 90 % aller nachgemachten Pharmazeutika dürften aus China stammen. In manchen Entwicklungsländern dürften sie einen Marktanteil zwischen 25 und 50 % haben. Vergl. Gerhard Schriebel, Von wirkungslos bis tödlich – Gefährliche gefälschte Medikamente: <http://www.blick.ch/life/wissen/der-tod-kommt-aus-der-medizin-170787> (8. Oktober 2011).

geneigt ist, den Menschen als „Ressource“ zu klassifizieren. Klar wird diese zweite Rolle jedoch, nennt man nur einige wenige Schlagworte, so zum Beispiel „der Mitarbeiter als wichtigste Ressource“, „Humankapital“ oder „Human Resource Management“. Diese Ressourcenrolle wird auch deutlich, betrachtet man den Menschen als Träger von Arbeitskraft sowohl auf der physischen als auch psychischen Ebene, wie zum Beispiel von Wissen.³⁰ Den Menschen als Ressource kann man weiters darin sehen, dass er ein soziales Wesen ist, welches wiederum andere Menschen braucht, um seine sozialen Grundbedürfnisse zu decken.

Bis zu diesem Punkt kann man davon ausgehen, dass der Mensch ist, Mensch sein kann und beim Wortpaar Mensch-Ressource, der Mensch im Mittelpunkt steht. Es gibt jedoch auch eine andere Seite, nämlich diejenige, wo der Mensch zur Ware, zum Gut, zum „Rohstoff“, d.h. selbst zur Ressource wird. Ein Graubereich hinsichtlich „Mensch als Mensch“ und „Mensch als Ware“ stellt der Sport dar. Hier kommt es in manchen Sportarten (z.B. Fußball, Eishockey) zu Transfers von Sportlern, diese werden ein- oder auch verkauft. Das Magazin „Forbes“ erstellt sogar jährlich eine, wenn auch sehr US-amerikanisch gefärbte, Liste von Sportlern bzw. Vereinen gereiht nach deren Marktwert. Folgt man verschiedenen Medienberichten, wird diese Liste nach der Formel „Einnahmen mal Werbepresenz geteilt durch Reichweite plus

³⁰ In Bezug auf Wissen kann sogar nur der Mensch der Träger desselben sein. So definiert Probst Wissen wie folgt: „Wissen ist die Gesamtheit der Kenntnisse und Fähigkeiten, die Individuen zur Lösung von Problemen einsetzen. Diese umfasst sowohl theoretische Erkenntnisse als auch praktische Alltagsregeln und Handlungsanweisungen. Wissen stützt sich auf Daten und Informationen und ist, im Gegensatz zu diesen jedoch immer an Personen gebunden“. Gilbert Probst et al., Wissen managen: Wie Unternehmen ihre wertvollste Ressource optimal nutzen, Wiesbaden 1997, S. 97.

Popularität einer Sportart“ ermittelt.³¹ An oberster Stelle steht im Übrigen nach wie vor der Golfspieler Tiger Woods mit einem Marktwert von 55 Millionen US-Dollar.³²

Betrachtet man den „Mensch als Ware“, so eröffnet sich geradezu eine Büchse der Pandora menschlichen Leides, denn hierfür gibt es viele Beispiele aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen.

So zum einen der Bereich des Menschenhandels³³, d.h. moderner Sklaverei. Menschenhandel tritt nicht nur in der so genannten „Sexindustrie“ zu Tage³⁴, sondern auch im landwirtschaftlichen Bereich, bei der Bau- und Textilindustrie, aber auch in Haushalten. Die Zahlen schwanken zwischen 2,4 Millionen³⁵, 12 Millionen³⁶

³¹ <http://www.fastflip.de/forbes-liste-tiger-woods-weiterhin-der-sportler-mit-hochstem-marktwert-idff201110066279/> (14.10.2011).

³² Eine Liste der Sportler mit dem höchsten Marktwert findet sich unter: http://www.rp-online.de/sport/Diese-Sportler-haben-den-hoechsten-Markenwert-2011_bid_67989.html (14.10.2011).

Eine Liste der Vereine mit dem höchsten Marktwert findet sich unter: http://www.rp-online.de/sport/fussball/bundesliga/Sport-Teams-mit-dem-hoechsten-Markenwert-2011_bid_67987.html (14.10.2011).

³³ Als Menschenhandel wird gemäß dem UN-Protokoll zum Menschenhandel („Palermo-Protokoll“) von 2003 definiert die Anwerbung, Beförderung, Verbringung, Beherbergung oder Empfang von Personen. Zentral hierbei ist, dass dies auf Androhung oder Anwendung von Gewalt, durch Entführung, Betrug, Täuschung, Missbrauch von Macht oder Ausnutzung besonderer Hilflosigkeit oder durch die Gewährung oder Entgegennahme von Zahlungen oder Vorteilen zur Erlangung des Einverständnisses einer Person, die Gewalt über eine andere hat, beruht. Vergl. Armando Garcia Schmidt/Christal Morehouse, Europas Kampf gegen den Menschenhandel, Gütersloh 2010, S. 2 (spotlight europe Nr. 2010/09).

³⁴ UNODC schätzt, dass ca. 80 % aller gehandelten Personen, hiervon etwa Dreiviertel Frauen, sexuell ausgebeutet werden. United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), The Globalization of Crime. A Transnational Organized Crime Threat Assessment (Vienna 2010), S.3.

³⁵ United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), The Globalization of

und 27 Millionen gehandelter Menschen³⁷, die zur Zwangsarbeit („forced labourers“) gezwungen werden. Der jährliche „Umsatz“ wird auf ca. 32 Milliarden US\$ geschätzt.³⁸ Der Menschenhandel liegt somit nach dem Drogenhandel³⁹ bereits an zweiter Stelle von Aktivitäten der Transnationalen Organisierten Kriminalität. Von diesem Bereich ist im Übrigen anzunehmen, dass er der am schnellsten wachsende aller Aktivitäten des Globalisierten Verbrechens ist.⁴⁰

Zum Teil dem Menschenhandel zurechenbar, zum Teil aber auch Folge traditioneller soziokultureller Bedingungen in weiten Teilen der Welt, ist Kinderarbeit – ein weiteres Beispiel für die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft. Laut International Labour Organisation müssen weltweit ca. 215 Millionen Kinder arbeiten; die Hälfte von ihnen, ca. 115 Millionen, müssen schwerste und gefährliche Tätigkeiten, wie etwa in Bergwerken, verrichten.⁴¹ Als weiteres, im direkten Zusammenhang mit Kindern zu nennendes

Crime. A Transnational Organized Crime Threat Assessment (Vienna 2010), S.39.

³⁶ Laut International Labour Organisation, Armando Garcia Schmidt/Christal Morehouse, Europas Kampf gegen den Menschenhandel, Gütersloh 2010, S.1 (spotlight europe Nr. 2010/09).

³⁷ E. Benjamin Skinner, Menschenhandel. Sklaverei im 21. Jahrhundert (Köln 2008), S.15.

³⁸ Armando Garcia Schmidt/Christal Morehouse, Europas Kampf gegen den Menschenhandel, Gütersloh 2010, S.1 (spotlight europe Nr. 2010/09).

³⁹ Der jährliche Umsatz der Drogenindustrie dürfte nach konservativen Schätzungen ca. 320 Mrd. US \$ betragen. Prem Mahadevan, Narcotics as a growing security concern, in: Daniel Möckli (ed.), Strategic Trends 2011 (Zürich 2011), S. 89-107. Der Beitrag gibt im Übrigen eine sehr gute Analyse der Entwicklung im Bereich des Drogenhandels.

⁴⁰ Armando Garcia Schmidt/Christal Morehouse, Europas Kampf gegen den Menschenhandel, Gütersloh 2010, S. 2 (spotlight europe Nr. 2010/09).

⁴¹ Kurier vom 11. Juni 2011.

Beispiel ist das der so genannten „Kindersoldaten“. Hier schätzen verschiedene Organisationen, wie UNICEF oder Rotes Kreuz, dass weltweit rund 300.000 Kinder als Soldaten missbraucht werden. Ein Bericht des Roten Kreuzes zu dieser Thematik trägt den zynischen, im Grunde aber sehr treffenden Titel: „Kindersoldaten: Menschliche Wegwerfware“.⁴²

Ein weiterer Bereich, in dem Menschen als Ressourcen missbraucht werden, ist derjenige des Organhandels. Diverse Untersuchungen des Europarats, der Weltgesundheitsorganisation WHO und der Vereinten Nationen zeigen, dass der Handel mit menschlichen „Ersatzteilen“ ein lukrativer Wirtschaftszweig ist. Weltweit werden pro Jahr rund 97.000 Transplantationen durchgeführt: Knapp 66.000 Menschen erhalten eine neue Niere, mehr als 20.000 eine neue Leber und etwa 5.300 ein neues Herz. Der Bedarf liegt aber weit höher und viele der Patienten würden den Zeitpunkt nicht erleben, zu dem sie an der Reihe sind und wenden sich an Organhändler. Die WHO schätzt, dass bis zu 10 % der weltweit durchgeführten Organverpflanzungen illegal sind. Das Angebot an Spendern ist dort zu finden, wo auch Frauen- und Kinderhandel zum Zweck der Prostitution passiert; in Entwicklungs- und Schwellenländern wie Indien, Pakistan, Brasilien und auf den Philippinen. In Europa werden immer wieder die Ukraine, Rumänien und Moldau als jene Länder genannt, in denen Menschen bereit sind, sich eine Niere abkaufen zu lassen. Auch der Kosovo wird oft angeführt. Einen eigenen Weg zur Beseitigung der Organknappheit hat China eingeschlagen: 65 % aller im Land transplantierten Organe stammen von Hingerichteten. In Berichten von Menschenrechtsorganisationen ist die Rede davon, dass Exekutionen in

⁴² Siehe: <http://www.roteskreuz.at/berichten/aktuelles/news/datum/2011/02/09/kin-dersoldaten-menschliche-wegwerfware/> (13. Oktober 2011).

den Gefängnissen so angesetzt wurden, dass sie mit der Ankunft von Organempfängern zusammenfielen.⁴³

Abschließend sei noch als Beispiel eines modernen Missbrauchs von Menschen als Ware auf den Bereich gestohlener oder missbrauchter Identitäten hingewiesen. UNODC schätzt, dass es hierbei durch verschiedene kriminelle Aktivitäten (z.B. Kreditkartenbetrug, Pishing, udgl.) an die 1,5 Millionen Opfer jährlich geben könnte.⁴⁴

Kurzresümee

Betrachtet man Diskussionen im Zusammenhang mit Ressourcen, so ist zu beobachten, dass es kaum konzeptive Überlegungen zum Thema Ressource an sich gibt. Einige Grundfragen hierzu sind: Was ist eine Ressource überhaupt? Was zeichnet sie aus? Worin liegt das Konfliktpotential?

Ein zweiter Aspekt ist, dass sich Diskussionen zur Ressourcenthematik zumeist auf einige wenige Ressourcen, die zwar wichtig sind, wie z.B. Wasser, konzentrieren. Wie gezeigt, gibt es aber viel mehr Ressourcen als die „bekannten Verdächtigen“.

Letztlich ist anzumerken, dass die Rolle des Menschen in der Ressourcendiskussion zumeist auf diejenige des Bedarfsträgers, des Konsumenten reduziert wird. Der Mensch hat aber auch eine zweite Rolle, nämlich sowohl als freiwillige als auch unfreiwillige

⁴³ Siehe hierzu z.B.: „Organhandel: Eine illegale Herzensangelegenheit“, in: Die Presse vom 18. Dezember 2010; „Wie viel ein Mensch kostet, in: Der Tagesspiegel vom 4. September 2010; „So teuer ist der Tod“, in: Spiegel online vom 15. Juli 2011: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,703598,00.html> (15. Juni 2011).

⁴⁴ United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), The Globalization of Crime. A Transnational Organized Crime Threat Assessment, Wien 2010; S. 205.

und missbrauchte Ressource; im letzteren Fall als „Ware“ oder „Rohstoff“. ⁴⁵

Ziel dieses Beitrages war es, die Ressourcenthematik von unterschiedlichen, zum Teil ungewohnten, zum Teil provozierenden, Perspektiven zu beleuchten. Es ging letztlich darum, den Blickwinkel ein wenig zu erweitern, zum Nachdenken anzuregen und darauf hinzuweisen, dass es bei dieser Thematik „nicht nur um Wasser und Erdöl“ geht.

Literatur:

Bundeskanzleramt: Österreichische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, Wien 2001

Bundeskanzleramt: Umfassende Sicherheitsvorsorge, Wien 2003

Bundeskanzleramt: Österreichische Sicherheitsstrategie. Sicherheit in einer neuen Dekade – Sicherheit gestalten, Wien 2011

Collier, Paul: Die unterste Milliarde. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann, Bonn 2008

Europäischer Rat: Europäische Sicherheitsstrategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Brüssel 2003

Europäischer Rat: Bericht über die Umsetzung der ESS „Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel“, Brüssel 2008

FAO: „How to feed the World in 2050“, unter: http://www.fao.org/fileadmin/templates/wsfs/docs/expert_paper/How_to_Feed_the_World_in_2050.pdf (13.10.2011)

⁴⁵ Im Zusammenhang „Mensch als Ware und Rohstoff“, wird man auch mit dem Thema „Was ist ein Mensch“ unter ökonomischen Gesichtspunkten überhaupt wert, konfrontiert. Auf diese Frage trifft man aber auch im Bereich der Versicherungswirtschaft, bei Schadenersatzansprüchen, bei Schmerzensgeld oder auch bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Siehe hierzu vor allem: Pruckner Gerald, Von Menschenhandel und Menschenpreisen, Innsbruck 2007; Klare Jörg, Was bin ich wert? – Eine Preisermittlung, Berlin 2010.

- Gärtner, Heinz: Internationale Sicherheit. Definitionen von A-Z, Baden-Baden 2005
- Klare, Jörg: Was bin ich wert? – Eine Preisermittlung, Berlin 2010
- Meier, Ernst-Christoph/Roßmanith, Richard/Schäfer, Heinz-Uwe: Wörterbuch zur Sicherheitspolitik, Berlin 2003
- Möckli, Daniel (Hg.): Umwelt- und Ressourcenkonflikte: Relevanz und Lösungsansätze, in: CSS Analyse zur Sicherheitspolitik Nr. 24, Zürich 2007
- Möckli, Daniel (Hg.): Klimawandel und Sicherheitspolitik, in: CSS Analyse zur Sicherheitspolitik Nr. 26, Zürich 2007
- Möckli, Daniel (Hg.): Europäische Energiepolitik zwischen Versorgungs- und Klimazielen, in: CSS Analyse zur Sicherheitspolitik Nr. 69, Zürich 2010
- Müller, Friedemann: Energieressourcen und klimatische Faktoren als sicherheitspolitische Herausforderungen, in: Dengg, Anton/Feichtinger, Walter (Hg.): Kein Feind in Sicht. Konfliktbilder und Bedrohungen der Zukunft, Wien/Köln/Weimar, S. 165-180
- Nohlen, Dieter (Hg.): Lexikon der Politik, Bd. 7: Politische Begriffe, München 1998
- „Organhandel: Eine illegale Herzensangelegenheit“, in: Die Presse vom 18. Dezember 2010
- Pankratz, Thomas: Reflexionen zum Thema „Ressource“, in: Österreichische Militärische Zeitschrift Nr. 4/2010; S. 503-508
- Prem, Mahadevan: Narcotics as a growing security concern, in: Daniel, Möckli (ed.), Strategic Trends 2011, Zürich 2011, S. 89-107
- Probst, Gilbert et al.: Wissen managen: Wie Unternehmen ihre wertvollste Ressource optimal nutzen, Wiesbaden 1997
- Pruckner, Gerald: Von Menschenhandel und Menschenpreisen, Innsbruck 2007
- Rothkopf, David J: Is a Green World a Safer World?, in: Foreign Policy Sept./Oct. 2009, unter: http://www.foreignpolicy.com/articles/2009/08/17/is_a_green_world_a_safer_world_not_necessarily (11. 4. 2010)

- Schmidt, Armando Garcia/Morehouse, Christal: Europas Kampf gegen den Menschenhandel in: spotlight europe Nr. 2010/09, Gütersloh 2010
- Schriebel, Gerhard: Von wirkungslos bis tödlich – Gefährliche gefälschte Medikamente, unter: <http://www.blick.ch/life/wissen/der-tod-kommt-aus-der-medizin-170787> (8.10.2011)
- Schubert, Klaus/Klein, Martina: Das Politiklexikon, Bonn 2006, unter: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=PR4YJI (12.4.2010)
- Skinner, E. Benjamin: Menschenhandel. Sklaverei im 21. Jahrhundert, Köln 2008
- „So teuer ist der Tod“, in: Spiegel Online vom 15. Juli 2011, unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,703598,00.html> (15.6.2011)
- Thorsten, Albrecht: Klimainduzierte bewaffnete Konflikte, in: Europäische Sicherheit Nr. 2/2010; S. 24-27
- United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC): The Globalization of Crime. A Transnational Organized Crime Threat Assessment, Wien 2010
- Welzer, Harald: Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird, Frankfurt a. Main 2008
- „Wie viel ein Mensch kostet“, in: Der Tagesspiegel vom 4. September 2010
- WWF: Living Planet Report 2010, unter: <http://www.wwf.at/de/living-planetreport2010/>. (14.6.2011)

Publikationen des Instituts für Religion und Frieden:

Ethica. Jahrbuch des Instituts für Religion und Frieden

- 2013: *Responsibility to protect. Sind wir verpflichtet, andere zu schützen?*
- 2012: *Militärseelsorgliche Optionen in unterschiedlichen Wehrsystemen*
- 2011: *Seelsorger im Dienst des Friedens: 50 Jahre Militärseelsorge im Auslandseinsatz*
- 2010: *Nie allein gelassen. Verwundung – Trauma – Tod im Einsatz*
- 2009: *Säkularisierung in Europa – Herausforderungen für die Militärseelsorge*
- 2008: *Der Soldat der Zukunft – Ein Kämpfer ohne Seele?*
- 2007: *Herausforderungen der Militärseelsorge in Europa*
- 2006: *50 Jahre Seelsorge im Österreichischen Bundesheer. Rückblick – Standort – Perspektiven*
- 2005: *Familie und Nation – Tradition und Religion. Was bestimmt heute die moralische Identität des Soldaten?*
- 2004: *Sicherheit und Friede als europäische Herausforderung. Der Beitrag christlicher Soldaten im Licht von „Pacem in Terris“*
- 2003: *Das ethische Profil des Soldaten vor der Herausforderung einer Kultur des Friedens. Erfahrungen der Militärordnariate Mittel- und Osteuropas*
- 2002: *Internationale Einsätze*
- 2000: *Solidargemeinschaft Menschheit und humanitäre Intervention – Sicherheits- und Verteidigungspolitik als friedensstiftendes Anliegen*

Ethica Themen

- Christian WAGNSONNER/ Petrus BSTEH (Hg.): *Der gefallene Gott? Religion und Atheismus im Gefolge bewaffneter Konflikte* (2013)
- Christian WAGNSONNER/ Stefan GUGEREL (Hg.): *Krieg mit der Natur? Militärische Einsätze zwischen Beherrschung des Geländes und Bewahrung der Umwelt* (2013)
- Thomas SCHIRRMACHER/ Edwin R. MICEWSKI (Hg.): *Ethik im Kontext individueller Verantwortung und militärischer Führung* (2012)
- Gerhard MARCHL/ Christian WAGNSONNER (Hg.): *Westliche, universelle oder christliche Werte? Menschenrechte, Migration, Friedenspolitik im Europa des 21. Jahrhunderts* (2012)

- Christian WAGNSONNER/ Petrus BSTEH (Hg.): *Vom „christlichen Abendland“ zum „Europa der vielen Religionen“* (2012)
- Christian WAGNSONNER/ Stefan GUGEREL (Hg.): *Militärische Kulturen* (2011)
- Christian WAGNSONNER/ Stefan GUGEREL (Hg.): *Star Trek für Auslandseinsätze? Konfliktstrategien und Lösungsansätze für reale Probleme in Science Fiction* (2011)
- Stefan GUGEREL/ Christian WAGNSONNER (Hg.): *Bio-Tötung* (2011)
- Gerhard MARCHL (Hg.): *Der Klimawandel als Gefahr für Frieden und Sicherheit* (2011)
- Petrus BSTEH/ Werner FREISTETTER/ Astrid INGRUBER (Hg.): *Die Vielfalt der Religionen im Nahen und Mittleren Osten. Dialogkultur und Konfliktpotential an den Ursprüngen* (2010)
- Gerhard MARCHL (Hg.): *Die EU auf dem Weg zur Militärmacht?* (2010)
- Gerhard DABRINGER (Hg.): *Ethical and Legal Aspects of Unmanned Systems. Interviews* (2010)
- Werner FREISTETTER/ Christian WAGNSONNER: *Friede und Militär aus christlicher Sicht I* (2010)
- Stefan GUGEREL/ Christian WAGNSONNER (Hg.): *Astronomie und Gott?* (2010)
- Werner FREISTETTER/ Christian WAGNSONNER (Hg.): *Raketen – Weltraum – Ethik* (2010)
- Werner FREISTETTER/ Bastian Ringo PETROWSKI/ Christian WAGNSONNER: *Religionen und militärische Einsätze I* (2009)

ISBN: 978-3-902761-21-7

